Protokoll Nr. 13

über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug

Dienstag, 11. Dezember 2012
14.00 - 18.45 Uhr
im Kantonsratssaal, Regierungsgebäude

Vorsitz: Ratspräsident Jürg Messmer
Protokoll: Ruth Schorno

Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 12 vom 20. November 2012

2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

3. Budget 2013 und Finanzplan 2013 bis 2016
   Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2235 vom 23. Oktober 2012
   Bericht und Antrag der GPK Nr. 2235.1 vom 19. November 2012

4. Interpellation Philip C. Brunner, SVP, vom 20. November 2012 zum Aige-Trauerspiel mitten in der Altstadt – in mehreren Akten – oder ist der Stadtrat bereit, seine fundamentalen Fehler zu korrigieren und ein Happy-End zu ermöglichen?
   Mündliche Beantwortung

5. Postulat Philip C. Brunner, SVP, vom 23. Juli 2012 zur Stärkung und Unterstützung der Miliz durch die Stadtverwaltung
   Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2234 vom 30. Oktober 2012

6. Sammelvorlage: Abschreibung von Vorstössen
   Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2236 vom 6. November 2012

7. Energiebilanz Wärmeverbund Uptown-Schutzengel-Sporthalle
   Bericht des Stadtrats Nr. 2093.3 vom 6. November 2012

8. Motion der SVP-Fraktion vom 27. September 2009 betreffend Haus Zentrum und Motion der Fraktion Alternative-CSP vom 27. September 2009 betreffend Sanierung Haus Zentrum
   Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2237 vom 13. November 2012

9. Motion von Vroni Straub-Müller, CSP, vom 2. November 2009 betreffend Naturschutzzone Innere Lorzenallmend
   Zweiter Zwischenbericht des Stadtrats Nr. 2187.1 vom 13. November 2012

10. Interpellation von Michèle Kottelat, glp, vom 21. September 2012 betreffend keine Freizeitmentoren in Zug aus Angst vor Machtverlust?
    Antwort des Stadtrates Nr. 2239 vom 27. November 2012

11. Wahl des Büros 2013 – 2014:
    - 11.1 Wahl der Präsidentin/des Präsidenten
    - 11.2 Wahl der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten
    - 11.3 Wahl der zwei Stimmenzählerinnen/Stimmenzähler

12. Mitteilungen

Eröffnung

Ratspräsident Jürg Messmer eröffnet die heutige und letzte Sitzung unter seiner Federführung und begrüsst nebst den Mitgliedern des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste. Einen speziellen Gruss richtet er an Karl Kobelt als neues Mitglied des Stadtrates und wünscht ihm in seinem Amt viel Gefreutes.

Entschuldigungen für die heutige Sitzung sind keine eingegangen; die 39 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.
Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsident Jürg Messmer: Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung bedürfen der Zustimmung des Rates. Zug TV möchte während der heutigen Sitzung wiederum Aufnahmen machen, welche anschliessend ins Internet gestellt werden. Zudem sollen Filmaufnahmen für die 50-Jahr-Jubiläumsfeierlichkeiten des Grossen Gemeinderates getätigt werden.

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Ergebnis:
Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich somit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 12 vom 20. November 2012

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:
Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind und somit die Traktandenliste als stillschweigend genehmigt gilt.

Zum Protokoll Nr. 12 der Sitzung vom 20. November 2012:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:
Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und somit das Protokoll Nr. 12 der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 20. November 2012 als stillschweigend genehmigt erscheint.

Stadtpräsident Dolfi Müller gibt zum Fall Romer namens des Stadtrates folgende Stellungnahme ab:
„Am 7. Dezember 2012 hat der Stadtrat in einer Medienmitteilung deutlich zum Ausdruck gebracht: "Der Zuger Stadtrat will Transparenz". Ja, der Stadtrat will, dass wieder Klarheit und Vertrauen in diese Stadt zurückkommen. Dem Stadtrat ist eine schnelle und vollständige Klärung des "Fall Romer" sehr wichtig. Der Stadtrat hat daher an einer ausserordentlichen Sitzung vom Freitag, 7. Dezember 2012, Folgendes beschlossen:

1. Der Stadtrat unterstützt die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) oder auch andere Massnahmen, welche das Verhalten der Vormundschaftsbehörde im Zusammenhang mit dem "Fall Romer" vollumfänglich klären.
2. Der Stadtrat hat die Rechnungsprüfungskommission der Stadt Zug (RPK) bereits am Montag, 3. Dezember 2012 ersucht, sämtliche von Ivo Romer als Finanzvorsteher getätigten Verwaltungshandlungen im Finanzdepartement zu prüfen. Dabei wird die RPK von einem Wirtschaftsprüfungsunternehmen begleitet und unterstützt.
3. Die Vergabe des Immobilienbewirtschaftungsmandats für die städtischen Pflichtwohnungen an die Immobilum AG, Zug, wird unter Berücksichtigung der eingeleiteten Untersuchungen sistiert.

Bevor der GGR heute den "Fall Romer" im Rahmen des SVP-Antrags auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission diskutiert, äussern sich der Stadtrat bzw. ich persönlich als Stadtpräsident im Sinne der Transparenz zu den Ereignissen der letzten zwei Wochen und zu verschiedenen seit Donnerstag 29. November in der Presse aufgeworfenen Fragen wie folgt:

Als Stadtpräsident habe ich erstmals in der ersten Novemberhälfte 2012, also vor ca. einem Monat, in einem vertraulichen Gespräch von Ivo Romer erfahren, dass gegen ihn eine Strafuntersuchung, aber noch kein Strafverfahren in Zusammenhang mit seinem Beratermandat de Beaufort wegen Veruntreuung und ungetreuer Geschäftsbesorgung eingeleitet worden sei. Ich stellte Ivo Romer verschiedene Fragen, um das Ausmass des Falles erfassen zu können und ersuchte ihn, den Stadtrat baldmöglichst selber zu informieren. Von der Ende Oktober 2012 im Stadthaus im Büro von Ivo Romer diskret durchgeführten Bürodurchsuchung durch die Staatsanwaltschaft hatte ich keine Kenntnis. Der Gesamtstadtrat wurde am 27. November 2012 über die Strafuntersuchung informiert. An der Stadtratssitzung vom Dienstag, 27. November 2012, teilte Ivo Romer dem Stadtrat mit, dass eine Strafuntersuchung gegen ihn eingeleitet worden sei, dass die Weltwoche am Recherchieren sei und dass möglicherweise bereits am Donnerstag ein entsprechender Bericht in der Weltwoche erscheinen werde. Schon meine damaligen und auch die Rückfragen der Kollegen im Stadtrat liessen keine Rückschlüsse auf das mögliche grosse Ausmass des Falles zu, zumal Ivo Romer schon damals beteuerte, dass die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen völlig unbegründet und haltlos seien. Umso überraschter war der Stadtrat nach Veröffentlichung des ersten Weltwoche-Artikels am Donnerstag, 29. November 2012.

Der Stadtrat hat sich gleichentags über Mittag zu einer ersten ausserordentlichen Sitzung getroffen. Rund 24 Stunden später, am Freitag 30. November 2012, kündigte Ivo Romer im Rahmen einer weiteren ausserordentlichen Stadtratssitzung an, dass er sein Stadtratsamt aufgrund einer gemeinsamen Lagebeurteilung und nach intensiver Diskussion am nächsten Dienstag, 4. Dezember 2012, niederlegen werde. An dieser Stelle ist zu wiederholen, dass der Stadtrat den Rücktritt eines vom Volk gewählten Mitgliedes nicht erzwingen kann. Da sind Vergleiche mit der Privatwirtschaft völlig fehl am Platz. Am Dienstag, 4. Dezember 2012, hat Ivo Romer sein Amt per sofort niedergelegt und sein Büro geräumt. Am 5. Dezember 2012 hat der Stadtrat den an den Wahlen 2010 auf der FDP-Stadtratsliste zweitplatzierten Karl Kobelt für gewählt erklärt. Heute Dienstag, 11. Dezember 2012, nur eine Woche nach der Amtsniederlegung durch Ivo Romer, hat Karl Kobelt sein Amt als Vorsteher des Finanzdepartements angetreten und um 08.30 Uhr an seiner ersten Stadtratssitzung teilgenommen. Die Wiederbesetzung des FDP-Stadtratssitzes durch Karl Kobelt verlief - wie bereits 2009, als Ivo Romer für den zurückgetretenen Ulrich Straub nachrückte - dank des Proporzwahlsystems innert einer Woche.

Am Donnerstag, 6. Dezember 2012, nahm der "Fall Romer" eine neue Wendung: An diesem Tag erschien ein zweiter Weltwocheartikel unter dem Titel "Und alle schauen weg", in dem u.a. Stadtpräsident Dolfi Müller und Stadtschreiber Arthur Cantieni vorgeworfen wird, sie hätten am 24. Juni 2008 Ivo Romer, der zu dieser Zeit notabene noch nicht Mitglied des Stadtrates gewesen war, einen Persilschein ausgestellt. Wir halten unmissverständlich fest: Es handelt sich beim Beschluss vom 24. Juni 2008 um einen normalen Stadtratsbeschluss. Dieser wurde, wie auch alle anderen Beschlüsse des Stadtrates vom Stadtpräsident und vom Stadtschreiber unterzeichnet. Inhalt des Beschlusses war die Abweisung eines Bevormundungsbegehrens. Der Beschluss hat nichts, aber auch gar nichts mit einem Persilschein zu tun. Der Vorwurf, man schaue weg, entbehrt

jeglicher Grundlage. Die Kinder von Frau Alice Erika de Beaufort haben teilweise bis ins Detail Vorkommnisse rund um die medizinisch-pflegerische Betreuung ihrer Mutter und die Rolle von Ivo Romer als "Bevollmächtigter" ihrer Mutter den Medien zukommen lassen und in diesem Zusammenhang auch das Verhalten des Vormundschaftsamtes und des Stadtrates als Vormundschaftsbehörde stark kritisiert. Es ist daher mit dem Persönlichkeitsschutz der verstorbenen Frau de Beaufort und weiterer involvierter Personen vereinbar, hier auf einige Eckpunkte des "Fall Romer" einzugehen:
Am 8. Mai 2008 verlangte ein Zuger Anwalt im Namen von vier der fünf Kinder, dass Frau Alice Erika de Beaufort-Bubeck gestützt auf Art. 369 Abs. 1 ZGB zu entmündigen sei und dass ihr ein Vormund zu bestellen sei. Weiter wurde verlangt, dass für die Dauer des Bevormundungsverfahrens in Anwendung von Art. 386 ZGB die für die persönliche Fürsorge von Frau Alice Erika de Beaufort-Bubeck sowie die für die Sicherung ihres Vermögens notwendigen vorsorglichen Massnahmen anzuordnen seien. Insbesondere sei die von Frau de Beaufort an Herrn Ivo Romer ausgestellte Vertretungsvollmacht zu widerrufen, die vorläufige Entziehung der Handlungsfähigkeit von Frau de Beaufort auszusprechen und eine provisorische gesetzliche Vertretung anzuordnen. Bei einem Bevormundungsverfahren muss zur Hauptsache geprüft werden, ob die betreffende Person noch urteilsfähig ist. Diese Überprüfungen wurden vom Leiter des städtischen Vormundschaftsamtes, Jörg Halter, und vom Departementssekretär des Departements SUS, Pietro Ugolini, im Rahmen von zwei Anhörungen durchgeführt. Ergänzt wurden die zwei Anhörungen mit zwei Hausarztgutachten. Es konnte zweifelsfrei festgestellt werden, dass Frau Alice Erika de Beaufort urteilsfähig ist und deshalb weiterhin frei über ihr Vermögen verfügen kann. Zusätzlich legte Ivo Romer am 17. Juni 2008 auf Wunsch des Vormundschaftsamtes Saldoauszüge der UBS vor, so dass der aktuelle Vermögensbestand festgestellt werden konnte. Aufgrund des mit seiner Klientin ausgearbeiteten Vermögenskonzepts konnte das Vormundschaftsamt feststellen, dass die Mutter über eine bei weitem ausreichende Summe von liquiden Mitteln für die Finanzierung ihres Lebensabends besass. Dies trotz ihres teilweise aufwändigen Lebensstils (z.B. Butler und private Spitex). Zudem konnten die Steuererklärungen der Jahre 2003 bis 2006 eingesehen werden. Für das Jahr 2007 fehlte die Steuererklärung in diesem Zeitpunkt noch. Der Wissensstand der Erben nach dem Tod ihrer Mutter am 18. September 2011 war ein ganz anderer als der Wissensstand des Vormundschaftsamtes im Juni 2008. Dies ganz einfach deshalb, weil die Vormundschaftsbehörde gegen den Willen der Privaten keine vollständige Akteneinsicht in Buchhaltungsdaten verlangen darf. Sie musste sich auf die Information abstützen, die ihr der Anwalt der Mutter und Ivo Romer zur Verfügung gestellt haben. Damals gab es keine Hinweise auf irgendwelche finanziellen Unregelmässigkeiten und damit auch für das Vormundschaftsamt keinen Grund, Strafanzeige zu erstatten. Entgegen der Darstellung in der Weltwoche lagen dem Vormundschaftsamt auch keine Bankauszüge mit einzelnen Transaktionen vor, sondern nur Saldobelege per 31. Dezember 2007 und 30. April 2008. Wenn die Weltwoche nun Bankauszüge vorlegt, in die weder das Vormundschaftsamt noch die Vormundschaftsbehörde je Einsicht hatte, und unterstellt, der Stadtrat habe in Kenntnis dieser detaillierten Bankauszüge Ivo Romer einen Persilschein ausgestellt, so ist dies manipulativ und irreführend. Die voll urteilsfähige Frau Alice Erika de Beaufort war in diesem Zeit-

punkt - und auch später - nicht verpflichtet und vor allem auch nicht dazu bereit, sämtliche Transaktionen offenzulegen. Ihr Anwalt gab zu Protokoll (ich zitiere) "Man habe nichts zu verbergen. Seine Mandantin sei bereit, die Steuererklärungen der letzten 5 Jahre der Vormundschaftsbehörde zur Einsicht und Kontrolle vorzulegen, sofern diese Unterlagen nicht zu den Akten gelegt und dadurch zur Kenntnisnahme der Gegenpartei gebracht werden." (Ende Zitat). Offenbar hatten auch die anwaltlich vertretenen Kinder im damaligen Zeitpunkt keine konkreten Verdachtsmomente, ansonsten sie wohl Strafanzeige gegen Ivo Romer erstattet hätten. Nur im Strafverfahren hätten die Kinder die Möglichkeit gehabt, gegen den Willen ihrer Mutter vollständige Einsicht in die Bankunterlagen zu erhalten.
Fazit: Es gab im Jahre 2008 keinen Grund, Frau Alice Erika de Beaufort zu bevormunden. Deshalb beschloss der Stadtrat mit seinem - wie immer - vom Stadtpräsidenten und Stadtschreiber unterzeichneten Beschluss vom 24. Juni 2008, das Gesuch der Kinder auf Bevormundung ihrer Mutter abzuweisen. Entsprechend bestand kein Anlass und auch rechtlich keine Möglichkeit, die von der voll urteilsfähigen Frau de Beaufort an Ivo Romer ausgestellte Vertretungsvollmacht zu widerrufen. Ich wiederhole: Das Vormundschaftsamt darf nur einschreiten, wenn eine Person nicht urteilsfähig ist - sonst kann diese mit ihrem Geld machen, was sie will. Es ist rechtlich nicht möglich, urteilsfähige Menschen gegen ihren Willen zu bevormunden. Der Entscheid auf Abweisung des Bevormundungsgesuches wurde von den anwaltlich vertretenen Gesuchstellern nicht weitergezogen und damit akzeptiert. Mit einem Persilschein für Ivo Romer und mit bewusstem Wegschauen hat dies absolut nichts zu tun. Dieser Vorwurf der Weltwoche ist ehrverletzend und in hohem Masse rufschädigend für die betroffenen Stadtratsmitglieder und die Stadt Zug. Der Stadtrat behält sich weiterhin vor, straf- und zivilrechtlich gegen die Weltwoche vorzugehen und eine Gegendarstellung zu verlangen. Wichtig zu wissen ist auch, dass nach diesem Entscheid des Stadtrates vom Juni 2008 über zwei Jahre Funkstille herrschte. Die Kinder von Frau de Beaufort haben sich bis Ende September 2010 nicht mehr bei der Vormundschaftsbehörde gemeldet: kein Brief, kein Telefon, keine E-Mail.
Erst ab Ende September 2010 gelangten die Kinder wieder an das Vormundschaftsamt, wobei es vor allem um die medizinisch-pflegerische Betreuung der Mutter ging. Auch beklagten sich die Kinder über das vom Anwalt der Mutter im Jahre 2008 ausgesprochen Hausverbot. Einzelne Kinder und Enkelkinder hatten gleichwohl Zutritt zur Wohnung der Mutter und fanden dabei Mahnungen über unbezahlte Rechnungen. Das Vormundschaftsamt klärte in der Folge diese Angelegenheit. Dabei stellte sich heraus, dass die Mutter gewisse Rechnungen nicht bezahlen wollte, weil sie ihr zu hoch schienen. Auch konnte die Vormundschaftsbehörde feststellen, dass die medizinisch-pflegerische Betreuung der betagten Dame sichergestellt war. Weiter liess sich das Vormundschaftsamt vom Hausarzt regelmässig auch über den geistigen Zustand der betagten Frau orientieren. Der Hausarzt hat noch wenige Tage vor dem Ableben von Frau de Beaufort festgestellt, dass sie urteilsfähig sei. Soweit die Kinder die von Ivo Romer als einzigen Stiftungsrat geführte Familienstiftung de Beaufort kritisierten, verwies das Vormundschaftsamt die Kinder stets an die hierfür zuständige ausserkantonale Stiftungsaufsicht. Erst am 5. September 2011, zwei Wochen vor dem Tod von Frau de Beau-

fort, ging beim Stadtrat - nach jenem vom Jahre 2008 - ein zweites formelles Gesuch um Anordnung einer Vertretungs- und Verwaltungsbeistandschaft und um den Widerruf der von Frau de Beaufort an Ivo Romer erteilten Vollmacht ein. Der Anwalt von Frau de Beaufort wurde umgehend über den erneuten Antrag der Kinder auf Errichtung einer kombinierten Beistandschaft informiert. Am 9. September 2011 wurde die Vertreterin der Kinder darüber orientiert, dass in einem nächsten Schritt baldmöglichst ihre Mutter bzw. deren Anwalt zum Antrag auf Errichtung einer kombinierten Beistandschaft angehört werde. Danach würden die Kinder zu einer Anhörung eingeladen. Zu diesen Anhörungen kam es nicht mehr, weil Frau de Beaufort wenige Tage später, am 18. September 2011 verstarb. Soweit die Fakten zum "Fall Romer" bzw. zum kritisierten Verhalten des Vormundschaftsamtes und des Stadtrates. Wir sind überzeugt, dass sowohl das Vormundschaftsamt als auch der Stadtrat korrekt gehandelt haben. An dieser Stelle ist auch festzuhalten - und dies wird die Untersuchung zeigen -, dass das Vormundschaftsamt äusserst sorgfältig gearbeitet und die Anliegen der Angehörigen ernst genommen hat. Im Vordergrund standen - und dies muss hier nochmals betont werden – pflegerisch-medizinische bzw. familiäre Probleme (Hausverbot an die Kinder). Auch sind sämtliche Handlungen des Vormundschaftsamtes akribisch dokumentiert: Briefe, E-Mails, Telefonate, Hausbesuche etc. Die verschiedenen Kontaktpersonen des Vormundschaftsamtes waren die Mutter, der Anwalt der Mutter, die Kinder, der Butler, der Hausarzt und Ivo Romer als Bevollmächtigter der Mutter, die Spitex etc. Der Stadtrat ist daher sehr daran interessiert, dass dies durch eine Parlamentarische Untersuchungskommission ebenfalls festgestellt wird.
Die Weltwoche hat in der Ausgabe vom 6. Dezember 2012 noch ein weiteres Feld geöffnet. Im Bericht "Und alle schauen weg" wird ein weiterer vermeintlicher "Beweis" für das (ich zitiere) "Zuger Schutz- und Schweigekartell" aufgeführt. Aus gut unterrichteter Quelle soll die Weltwoche Kenntnis haben von Vorstrafen aus Verkehrsdelikten und einem Führerausweisentzug für Ivo Romer auf unbestimmte Zeit. Die fraglichen Verkehrsdelikte sind - wie bei anderen Politikern - primär Privatsache. Informationen vom Hörensagen und aus der Gerüchteküche sind politisch nicht relevant. Von allfälligen Verurteilungen, Vorstrafen und Ausweisentzügen auf unbestimmte Zeit aus Verkehrsdelikten von Ivo Romer habe ich nichts gewusst und zum ersten Mal aktuell aus der Presse erfahren.
Ebenfalls richtig zu stellen ist der erste Abschnitt im Weltwoche-Artikel vom Donnerstag, 6. Dezember 2012. Dort wird ausgeführt, Stadtschreiber Arthur Cantieni habe der Weltwoche beschieden, sie solle es "gefälligst unterlassen, in Zug in der Affäre Romer herumzutelefonieren". Fakt ist, dass die ehemalige Frau von Ivo Romer den Stadtschreiber gebeten hat, er möge doch Philipp Gut von der Weltwoche anrufen und ihm sagen, dass sie und ihre Kinder nicht mehr weiter vom Weltwoche-Journalisten telefonisch kontaktiert werden wollen. Dies und allein dies hat der Stadtschreiber zu Philipp Gut gesagt. Dass Philip Gut daraus einen Zensurversuch des Stadtschreibers konstruiert, sagt doch einiges über die Arbeitsweise des Weltwoche-Journalisten aus. Der Weltwoche-Journalist unterstellt weiter dem Stadtpräsidenten in einer Bildunterschrift, er habe die Publikation des gesamten Artikels verboten. Tatsächlich habe ich den Journalisten die

Verbreitung bestimmter Falschbehauptungen in Zusammenhang mit seinen Fragen untersagt.
Der Zuger Stadtrat will Transparenz. Die Bevölkerung hat ein Recht auf diese Transparenz. Die Frage, ob und inwieweit sich Ivo Romer mit seinem Verhalten strafbar gemacht hat, haben die Gerichte so speditiv wie möglich zu klären. Die Rolle des Stadtrates als Vormundschaftsbehörde inkl. Vormundschaftsamt soll im Rahmen der Parlamentarischen Untersuchungen gründlich geklärt werden. Dann können wir wieder zum Wohle der Stadt und der Bürgerinnen und Bürger arbeiten. Eine Frage, nämlich die Frage, warum es - ausgelöst durch den "Fall Romer" - zu den heftigen Anschuldigungen gegen den Stadtrat und insbesondere auch meine Person kam, ist noch nicht beantwortet. Ich unterstütze die wichtige Arbeit der Medien. Aber ich erwarte, dass sie sich fair verhalten. Dies war hier nicht der Fall. Fakten wurden manipulativ verwendet, und der Stadtrat erhielt nicht in allen Medien den erforderlichen Raum, um seine Sicht der Dinge darzustellen. Ich bin daher sehr froh, dass ich heute die Gelegenheit hatte, in diesem Rat die Fakten auf den Tisch zu legen. Am 7. Dezember 2012 hat der Stadtrat in einer Medienmitteilung deutlich zum Ausdruck gebracht: "Der Zuger Stadtrat will Transparenz". Ja, der Stadtrat will, dass wieder Klarheit und Vertrauen in diese Stadt zurückkommen. Die Frage, wer in dieser Stadt für Unklarheit und Misstrauen gesorgt hat, diese Frage will ich hier und jetzt nicht beantworten. Dies überlasse ich - für heute zumindest - Ihnen.
Der Stadtrat nimmt die Bedenken der Bevölkerung ernst und will eine gezielte Aufarbeitung im "Fall Romer". Deshalb hat er sich für die bereits kommunizierten Schritte entschieden. Insbesondere unterstützt der Stadtrat die Einsetzung einer PUK. Diese soll eine gründliche und auf Fakten basierende Aufarbeitung der Vorfälle rund um den ehemaligen FDP-Stadtrat Ivo Romer ermöglichen. Wenig zu dieser angestrebten vollumfänglichen Klärung der im Raum stehenden Vorwürfe und Anschuldigungen trägt die von der Weltwoche geplante Podiumsdiskussion vom 12. Dezember 2012 bei. Der Stadtrat hat deshalb entschieden, an dieser "Klamauk-Veranstaltung" nicht teilzunehmen. Es gab zu keinem Zeitpunkt eine entsprechende Zusage an den Veranstalter. Den Parteien ist es unbenommen, ob sie daran teilnehmen wollen oder nicht. Und nun noch ein allerletztes Wort: Zuger Themen lösen wir hier an diesem Ort und nicht in der Weltwoche."

Ratspräsident Jürg Messmer: § 46 GSO sieht vor, dass eine Diskussion stattfindet, wenn diese von 1/3 der anwesenden Ratsmitglieder verlangt wird. Ratspräsident Jürg Messmer macht aber beliebt, jetzt auf eine solche zu verzichten, da bei den Eingängen sowieso über die PUK diskutiert wird.

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:
Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Antrag auf Diskussion gestellt wird.

2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Eingabe der SVP-Fraktion betr. Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Verantwortung des Stadtrates im Allgemeinen und als Vormundschaftsbehörde im besonderen im Zusammenhang mi den Vorwürfen an alt Stadtrat Ivo Romer

Mit Datum vom 7. Dezember 2012 hat Gemeinderat Manfred Pircher namens der SVP-Fraktion folgende Eingabe eingereicht:
Gestützt auf
,,§ 20 der Gemeindeordnung der Stadt Zug Untersuchungskommission: Bedürfen Vorkommnisse von grosser Tragweite in der Stadtverwaltung der besonderen Abklärung durch den Grossen Gemeinderat, kann zur Ermittlung der Sachverhalte und zur Beschaffung weiterer Beurteilungsgrundlagen eine Untersuchungskommission eingesetzt werden. Die Einsetzung erfolgt nach Anhörung des Stadtrates durch den Grossen Gemeinderat, der den Auftrag der Untersuchungskommission festlegt."
und gestützt auf § 38 Abs. 1 Ziff. 6 GSO (Geschäftsordnung des GGR) reicht die SVP-Fraktion im GGR der Stadt Zug den folgenden dringlichen Antrag ein:
Dem Grossen Gemeinderat der Stadt Zug wird beantragt, eine Parlamentarische Untersuchungs-Kommission (PUK) einzusetzen mit den folgenden Aufgaben:

1. Abklärung der Verantwortung des Stadtrates als Ganzes im Zusammenhang mit den publik gewordenen Vorwürfen gegen alt Stadtrat Ivo Romer und Berichterstattung darüber an den Grossen Gemeinderat.
2. Abklärung der Verantwortung des Stadtrates als Vormundschaftsbehörde im Besonderen im Zusammenhang mit dem vormundschaftlichen Verfahren gegen Alice Erika de Beaufort im Jahre 2008 und Berichterstattung darüber an den Grossen Gemeinderat, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass alt Stadtrat Ivo Romer zu diesem Zeitpunkt Präsident der GPK (Geschäftsprüfungskommission) der Stadt Zug war.
3. Abklärung der Rechtsgrundlagen und Hintergründe der Zahlung von 6 Monatsgehältern an den zurückgetretenen alt Stadtrat Ivo Romer und Berichterstattung darüber an den Grossen Gemeinderat, unter Berücksichtigung von § 7 des Stadtratsreglementes (Verbot der Zahlung von Abgangsentschädigungen oder Abfindungen an zurückgetretene Stadträte).

Begründung:

1. Die in den Medien gegen alt Stadtrat Ivo Romer erhobenen Vorwürfe im Zusammenhang mit dessen Tätigkeit als Vermögensverwalter für Alice Erika de Beaufort selig haben den Verdacht entstehen lassen, dass der Stadtrat von Zug als Vormundschaftsbehörde zumindest unsorgfältig gehandelt hat, als er die Vermögenssituation von Frau Alice Erika de Beaufort im Zusammenhang mit deren möglichen Bevormundung geprüft hat. Die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, hierüber Klarheit zu erhalten.
2. Zum Zeitpunkt des erwähnten vormundschaftlichen Verfahrens war Ivo Romer Präsident der Geschäftsprüfungskommission der Stadt Zug, desjenigen parlamen-

tarischen Gremiums, welches den Finanzhaushalt der Stadt Zug durchleuchtet und dem Parlament darüber Bericht erstattet. Es liegt im Interesse aller Beteiligten, jeden Verdacht auszuschliessen, dass diese starke Stellung von Ivo Romer gegenüber dem Stadtrat den vormundschaftlichen Entscheid des Stadtrates (Absehen von vormundschaftlichen Massnahmen gegen Frau Alice Erika de Beaufort selig) hätte beeinflussen können. Mit einer PUK kann dies seriös abgeklärt werden.

3. Der kürzlich publik gemachte Entscheid des Stadtrates, alt Stadtrat Ivo Romer 6 Monatsgehälter zu zahlen, widerspricht offensichtlich § 7 des Stadtratsreglementes, wonach die Ausrichtung von Abfindungen und sonstigen Abgangsentschädigungen an zurückgetretene, nicht wiedergewählte oder nicht mehr zur Wahl antretende Mitglieder des Stadtrates nicht zulässig ist. Eine PUK kann die Gründe für diese Zahlung und deren Rechtsgrundlagen abklären.

Da die Zeit drängt, wird dem GGR beantragt, diesen Antrag dringlich zu behandeln.

Ratspräsident Jürg Messmer übergibt für die Behandlung dieses Vorstosses den Vorsitz an den Vizepräsidenten Stefan Moos und begründet dies wie folgt: Die SVP-Fraktion sieht vor, dass Ratspräsident Jürg Messmer in dieser allfälligen PUK Einsitz nehmen würde und möchte ihn zugleich als Präsidenten vorschlagen. Damit ein sauberer Ablauf gewährleistet ist, übergibt Ratspräsident Jürg Messmer nun das Wort nun dem Vizepräsidenten Stefan Moos.

Ratsvizepräsident Stefan Moos übernimmt den Vorsitz.

Philip C. Brunner dankt vorab dem Stadtpräsidenten Dolfi Müller für seine Ausführungen, welche etwas Transparenz in die ganze Angelegenheit gebracht haben. Trotzdem erachtet die SVP-Fraktion es als notwendig, diese PUK im Respekt und in Sorgfalt einzusetzen. Es soll für Transparenz gesorgt werden, wie dies in den Ziff. 1 – 3 ausgeführt ist. Es geht dabei nicht nur um die Rolle des Stadtrates bei der Vormundschaftsbehörde, sondern auch um die Frage 3, nämlich die Abklärungen der Zahlung von 6 Monatsgehältern an den zurückgetretenen alt Stadtrat. Auch das sollte von der PUK abgeklärt werden. Zudem schlägt die SVP-Fraktion einstimmig Jürg Messmer als Vertreter der SVP als Mitglied und gleichzeitig als Präsident dieser Kommission vor. Der Rat konnte sich in den letzten Jahren davon überzeugen, dass Jürg Messmer eine solche Aufgabe mit Ruhe, Respekt und auch Ausgewogenheit und Fairness ausführen kann. In diesem Sinn ersucht die SVP-Fraktion um die entsprechende Unterstützung.

Adrian Moos äussert sich namens der FDP-Fraktion zur Dringlichkeit dieses Vorstosses: Weshalb wird in diesem Rat nicht jedes Geschäft dringlich beurteilt? Die Antwort ist einfach: Eine seriöse Beratung von Geschäften benötigt Zeit. Es müssen Informationen eingeholt werden, Meinungen werden ausgetauscht, es erfolgt eine Beurteilung der Lage und schliesslich bildet man sich eine abschliessende Meinung. Damit der Rat bei solchen Geschäften nicht überrumpelt wird, sieht § 24 Abs. 1 GSO vor, dass spätestens 13 Tage vor Ratssitzung die Verhandlungsgegenstände den Ratsmitgliedern angezeigt werden müssen. Nur im Falle einer hohen Dringlichkeit kann allenfalls vom üblichen

Ablauf abgewichen werden. Liegt vorliegend eine Dringlichkeit vor, welche es rechtfertigen würde, von einer seriösen Prüfung und Vorbereitung zur Einsetzung einer PUK abzuweichen? Wird hier nicht Wichtigkeit mit Dringlichkeit einer Angelegenheit verwechselt? Würde der Rat heute die Einsetzung einer PUK abschliessend regeln, würde das Resultat wohl eher zufällig ausfallen. Die bis jetzt vorgelegten Anträge für die PUK sind sehr allgemein und unklar gefasst. Ebenfalls liegt auch kein Antrag über allfällige Finanzkompetenzen der PUK vor. Die personelle Zusammenstellung der PUK wäre willkürlich, da die notwendige Abstimmung zwischen den Fraktionen noch nicht erfolgt ist. Je nach Auftrag an die PUK muss die personelle Besetzung allenfalls anders ausfallen. Wenn der Grosse Gemeinderat eine PUK einsetzen will, welche glaubwürdig ist, die richtigen Fragen beantwortet und schlussendlich auch einen ernst zu nehmenden Bericht vorlegen soll, so muss sich der Rat bei der Einsetzung einer solchen PUK die notwendige Zeit nehmen. Adrian Moos versteht die Erregung und Betroffenheit in der Angelegenheit bestens. Ihm geht es auch so. Es gilt aber, ruhig Blut zu bewahren und nicht einen unnötigen Schnellschuss zu produzieren, bevor die Druckerschwärze der aufschreckenden Zeitungsberichte trocken ist. Adrian Moos ersucht daher die Anwesenden eindringlich, die Angelegenheit gut vorbereitet anlässlich einer nächsten Sitzung des Grossen Gemeinderates zu beschliessen. Im Sinne eines ausgleichenden Vorschlages empfiehlt die FDP-Fraktion, dass heute im Grundsatz darüber abzustimmen ist, ob eine solche Parlamentarische Untersuchungs-Kommission gebildet wird. Weiter sollte heute festgehalten werden, dass anlässlich einer nächsten Sitzung des Grossen Gemeinderates die zu untersuchenden Vorkommnisse bezeichnet werden, die Wahl der Kommissionsmitglieder erfolgt und die finanziellen Kompetenzen der Untersuchungskommission festgelegt wird. Damit zeigt der GGR klar, dass er eine saubere Aufarbeitung der Angelegenheit befürwortet, sich aber die notwendige Zeit nimmt, um die Kommission richtig zu bestellen. In diesem Sinne ergeht der folgende Antrag:

1. Der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug beschliesst die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungs-Kommission (PUK) zwecks Aufklärung der Verantwortung des Stadtrates als Ganzes im Zusammenhang mit den publik gewordenen Vorwürfen gegen Alt-Stadtrat Ivo Romer unter Berichterstattung darüber an den Grossen Gemeinderat.
2. Anlässlich einer nächsten Sitzung des Grossen Gemeinderates werden unter anderem folgende Beschlüsse gefasst:
    - Genaue Bezeichnung der zu untersuchenden Vorkommnisse (§ 16 Abs. 2 GSO);
    - Wahl der 7 Kommissionsmitglieder;
    - Festlegung der finanziellen Kompetenzen der Parlamentarischen Untersuchungs-Kommission für die Erteilung von notwendigen Aufträgen (Gutachten, Beratung, Unterstützung).

Adrian Moos lädt seine Ratskolleginnen und Ratskollegen gerne ein, diesem – seines Erachtens sachgerechten Vorschlag – zu folgen.

Urs Bertschi kann es sich, bevor er zum Thema PUK kommt, nicht verkneifen, die ganze Thematik und Notwendigkeit der Einsetzung einer solchen PUK etwas zu beleuchten.

Urs Bertschi stellt an die Anwesenden die Frage, wie es ihnen heute, am Tage der PUK-Debatte geht. Ihm geht es nicht wirklich gut, eher schlecht. Nicht weil er ob der "causa Romer" das Vertrauen in den Stadtrat oder gar in den Stadtpräsidenten verloren hätte. Nein. Ihm geht es schlecht, weil er sich irgendwie schämt für den all- und gegenseitigen Umgang mit der "causa Romer". Es würde zu weit führen, hier sämtliche Facetten dieser medial inszenierten Attacke auf die Stadt Zug abzuhandeln, die mittlerweile droht, politisch und auch menschlich zum Trauerspiel zu verkommen. Eine unwürdige Vorweihnachtsgeschichte. Wenn einer aus diesem Rat heute in seinem Leserbrief zudem zu wissen glaubt, "dass es zum Glück noch Bürgerinnen und Bürger gibt, "welche sich durch solche Taschenspieler-Tricks (Anm.: des Stadtrats) nicht täuschen und sich hinters Licht führen lassen", die redaktionelle Verantwortung für sein Elaborat jedoch postwendend von sich weist, indem er sich bloss als sensibler Kenner der anonymen Masse der Bürger outet, dann "züselt" er , heizt an, nicht fahrlässig sondern absichtlich! Dieses Parlament hätte Besseres verdient. Wo sind die weitsichtigen und abgeklärten Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die bereit sind, diesen arrangierten Attacken auf die städtische Politik Paroli zu bieten. Wo sind die einst staatstragenden Parteien geblieben, die sich durch eine "causa Romer" nicht aus dem Konzept bringen lassen, sondern zuerst einmal hinschauen, nüchtern analysieren und beurteilen, um dann erst geeignete Massnahmen zu beschliessen? Eigenständig, allenfalls parteiübergreifend, ruhig, ohne mediale Anweisungen eines grossen Vorsitzenden aus Bern, ohne in den Taktschritt der lokalen und medialen Scharfmacher einzuschwenken! Sind bereits all jene, die aufgrund der "causa Romer" nach konsequenter Remedur bis hin zu weiteren Rücktritten aus dem Stadtrat rufen, bereits Opfer einer zumindest latent orchestriert wirkenden Propaganda geworden? Oder haben einige bürgerliche Politikerinnen und Politiker vor dem Hintergrund der Wahlen 2014 schlicht bereits die Bodenhaftung verloren, wenn sie in suggestiver Weise orakeln, dass die Bürger dem Stadtrat, wie immer auch die Antwort auf die heute vorliegende CVP-Interpellation lauten wird, nicht mehr trauen würden. Selbst die Alt-Stadträtin, die heute als Kantonsratspräsidentin das Zepter des Kantons und damit auch der Stadt Zug hochhalten sollte, missbraucht ihren Radioauftritt, um weiter Öl ins Feuer zu giessen, statt zur Besonnenheit aufzurufen, mit der stets feigenblattartig bemühten Feststellung, es gelte für Ivo Romer natürlich die Unschuldsvermutung. Und wenn sie die zurückhaltende und von Kollegialität geprägte Stellungnahme des Stadtpräsidenten zur "causa Romer" süffisant mit auf die "coole, leichte Schulter nehmen" abkanzelt, lässt sie jede elementare "Staatsfraulichkeit" vermissen. Wer den Stadtpräsidenten kennt, der weiss, dass ihm die "causa Romer" sehr nah geht, dass er diese eben nicht auf die leichte Schulter nimmt, aber immerhin in schwierigen Zeiten seinem Stadtratskollegen den Respekt entgegenbringt, den dieser noch immer verdient. Wenn ein Stadtpräsident auf erstes Verlangen hin nicht bellt, ist er noch lange kein zahmer Hund! Solche politische Miesespielchen wünschte sich Urs Bertschi in seinem Kanton nicht! Klar, nach der Wahl ist vor der Wahl. Doch um welchen Preis? Will man wirklich den gegenseitigen Respekt und den politischen Anstand leichtfertig aufs Spiel setzen? Der guten Ordnung halber sei hier angemerkt, dass die sogenannt linken Stadträtinnen und Stadträte ihren Job gut bis hervorragend erledigen, anständig und jederzeit zum Wohl der gesamten Zuger Bevölkerung. Aus Sicht zumin-

dest einiger bürgerlicher Parteien könnte hier tatsächlich Neid aufkommen! Denn solch gute Zensuren konnten sich zumindest hinsichtlich der jüngeren Legislaturen die Stadträtinnen und Stadträte von CVP und FDP nicht erarbeiten. Allein schon deshalb täten all die nun auf den Bäumen hockenden Politgeier aus den bürgerlichen Reihen gut daran, etwas selbstkritischer an sich herunterzuschauen, um dann festzustellen, dass ihr Federkleid so rein nicht ist, vielleicht eher etwas farblos, jedenfalls weit entfernt vom betörend farbenprächtigen Gefieder eines Pfaus. Also zumindest für einige Parteien nun kein Grund, das Rad schlagen zu wollen! Und zum Hüter von Recht und Ordnung mit besonderen Verdiensten wird sich wohl ernsthaft auch keine der bürgerlichen Parteien aufschwingen wollen. Zu zahlreich sind die dunklen Flecken in der jüngeren Geschichte. Darüber vermag auch das aktuelle Tagesgeschehen nicht hinwegtäuschen. Auch wenn Herr Betschart von der SVP nun endlich seine Demission erklärte. Übrigens: Wo blieben da all die Aufschreie und das schiere Entsetzen der bürgerlichen Parteien, die sich heute in Zug so umtriebig zeigen? Im Gegensatz zum bürgerlich dominierten und unter FDP-Führung stehenden Gemeinderat Baar konnte der Stadtrat von Zug, – das müsste wohl auch die erwähnte Alt-Stadträtin anerkennen – , Ivo Romer nach entsprechender Krisensitzung zu einem politisch korrekten Rücktritt bewegen. Dies nachdem die städtische FDP-Führung dies zuvor nicht zustande brachte. Und dem Gemeindepräsident von Baar sei noch gesagt, dass man die Ereignisse in Zug und Baar weder verquickt noch vermischt hat. Fakt ist einfach, dass der Stadtrat von Zug die Zeichen erkannt und gehandelt hat, wogegen man im bürgerlich dominierten Gemeinderat von Baar den SVP-Politiker trotz klarer Anzeichen für Verfehlungen weiterhin gewähren liess. Gleichwohl besteht für die Stadt Zug und den Stadtrat Erklärungsbedarf. Die medial geschickt angeheizte Verunsicherung in der Bevölkerung ist spürbar. Hier muss möglichst rasch Transparenz geschaffen werden, damit die städtischen Institutionen ob der "causa Romer" keinen Schaden nehmen. Ohne Irgendetwas schön reden zu wollen, muss hier nüchtern festgehalten werden, dass sich der kreative Herr Gut von der Weltwoche in seinen Artikeln bei näherem Hinsehen journalistisch wenig zimperlich zeigt. Er setzt lieber aufs Reisserische statt auf Sorgfalt. Nach dem medialen Auftakt mit der "causa Romer" stellt auch der zweite Artikel in der Weltwoche – Urs Bertschi weiss nicht, wer von seinen Ratskolleginnen und Ratskollegen diesen wirklich aufmerksam gelesen hat –, ein auf Verunsicherung getrimmtes Machwerk dar, indem der Artikel Fakten, Behauptungen und Mutmassungen wild durcheinander wirbelt, um zu guter Letzt alle Zutaten zeitlich so ineinander zu verweben und zu verschachteln, dass daraus ein veritabler Giftcocktail entsteht. Alles mit dem Ziel, die Auflage zu pushen, auf Menschen und leider zumindest eventualvorsätzlich auch auf deren Umfelder abzuzielen, zu verunsichern, zu diffamieren, die Stimmung aufzuheizen. Kaum besser die Neue Zuger Zeitung, die mit ihrem im medialen Sog wohl etwas auf journalistische Abwege geratenen Chefredaktor CPM völlig kritiklos und dem allgemeinen Hype gehorchend auf die Weltwoche-Schiene einschwenkte, anstatt hier einem sauberen, auf Fakten basierenden eigenständigen Recherchejournalismus das Wort zu reden. Vor diesem Hintergrund gilt es in der "causa Romer" endlich wieder Augenmass und Sorgfalt walten zu lassen. Aufgabe dieses Rates ist es, die städtische Politik, den Stadtrat und letztlich auch den Gemeinderat auf Kurs zu halten. Dazu braucht es weder Weltwoche- noch NeueZZ- Rezep-

te! Der Grosse Gemeinderat muss dieses Kind selber schaukeln! Um objektives Licht ins Dunkel der Gerüchte, Unterstellungen und Anschuldigungen zu bringen, erachtet es die SP-Fraktion nicht für abwegig, allenfalls eine PUK einzusetzen. Heute jedoch kann nach Meinung der SP-Fraktion aufgrund der Dringlichkeit und mangels hinreichender Traktandierung vom GGR ausschliesslich über die Einsetzung einer PUK befunden werden. Insofern wird die Meinung von Adrian Moos bzw. der FDP-Fraktion geteilt. Die Wahl der PUK wie auch die konkrete Formulierung des Auftrags ist auf eine spätere, allenfalls ausserordentliche Sitzung im Januar 2013 zu verschieben. Die SP-Fraktion wird heute keiner anderen Vorgehensweise zustimmen und könnte sich auch vorstellen, die GPK als PUK einzusetzen. Diese Kommission stellt regelmässig unter Beweis, dass sie unter ihrem engagierten Präsidenten seriöse Arbeit leistet. Zudem wird eine PUK nicht umhin kommen, sich mit ausgewiesenen Fachleuten zu verstärken, die in der Lage sind, beispielsweise ein vormundschaftliches Verfahren auf Herz und Nieren zu prüfen. Und zu guter Letzt wird die PUK auch die Verwaltungshandlungen im Finanzdepartement beurteilen müssen. Wer wäre dazu besser geeignet und mit der Materie besser vertraut als die GPK. Doch heute ist dies noch kein Thema. Der GGR hat sich das Ganze aber gut zu überlegen: Immerhin ist eine PUK die ultima ratio. Persönlich ist Urs Bertschi allerdings der Ansicht, dass man vorerst die Interpellationsbeantwortung der CVP abwarten kann, bevor allenfalls eine PUK beschlossen wird. Es wäre fatal, wenn der GGR nach Einsetzung einer PUK erkennen müsste, dass er mit Kanonen auf Tauben geschossen hätte. Solches widerspräche dem Subsidiaritäts- und dem Verhältnismässigkeitsprinzip und bedeutete zudem die sinnlose Verschleuderung von Steuergeldern. Da sollte allen hier im Saal doch ein Licht aufgehen! Persönlich wünschte sich Urs Bertschi auch, dass gerade die GGR-Mitglieder als Politikerinnen und Politiker als Leaderfiguren in einer solch belasteten Situation etwas mehr Weitsicht und Fingerspitzengefühl beweisen, auch wenn die Verlockung für die bürgerliche classe politique gross sein mag, daraus auf Teufel komm raus politisches Kapital schlagen zu wollen. Damit allein werden die Wahlen selbstverständlich noch nicht gewonnen. Der Stadtrat wird, wie zu hören war, an der Podiumsveranstaltung der Weltwoche nicht teilnehmen. Urs Bertschi appelliert an die Anwesenden im Sinne der politischen Verantwortung für diese Stadt, dieses Parlament und letztlich für den Stadtrat, die morgige Veranstaltung der Weltwoche ebenfalls nicht zu besuchen. Die SP-Fraktion wird jedenfalls nicht dabei sein. Das ist kein Boykottaufruf – selbstverständlich sind alle Fraktionen frei. Gab es jeweils schon ein von der Weltwoche organisiertes Podiumsgespräch? Für Urs Bertschi ist das eine komische Geschichte, weshalb er tunlichst die Finger davon lassen würde.

Hugo Halter kann nach dem beeindruckenden emotionalen Statement des SP-Fraktionschefs ebenfalls bestätigen, dass auch die CVP-Fraktion betroffen ist und war. Die Sachlichkeit muss jedoch zwingend im Vordergrund stehen und mit politischem Weitblick angegangen werden. Ein politischer Schlagabtausch, wie er zumindest zwischen den Zeilen erkennbar ist, ist etwas fehl am Platz, geht es doch um mehr. Hugo Halter ersucht daher, die ausserordentliche neue Lage, die sich nun stellt, auch mit ausserordentlichen Massnahmen zu bewältigen. Jede neue Lage, jede neue Situation bedingt eine saubere Beurteilung. Daher unterstützt die CVP-Fraktion selbstverständlich

die Einsetzung einer PUK, zumal auch der Gesamtstadtrat dies so unterstützt. Ebenso seriös wie die zu tätigende Arbeit der PUK muss aber auch die Vorbereitung dazu sein. Die drei wesentlichen Punkte hat der FDP-Sprecher bereits klar aufgezeigt. Die CVP-Fraktion teilt die Meinung, dass eine glasklare Auftragserteilung bezüglich Rahmen der PUK, vorhanden sein muss, damit überhaupt eine solide Basis aufgebaut und gearbeitet werden kann. Die personelle Besetzung ist nicht zu unterschätzen. Es sollten die wichtigsten, fähigsten und geeignetsten Personen der verschiedenen Parteien delegiert werden. Letztendlich wird das auch etwas kosten. Die entsprechenden Kompetenzen bzw. der Finanzrahmen muss ebenfalls klar festgelegt sein. Diese drei Punkte scheinen der CVP-Faktion sehr wichtig zu sein. Der Grundsatz einer PUK ist bei der CVP-Fraktion einstimmig und unbestritten. Die CVP-Fraktion möchte aber auch eine saubere Ausgangslage und unterstützt daher den Antrag der FDP-Fraktion. Jedoch sollte die Auftragserteilung nicht an einer der nächsten Sitzungen, sondern bis spätestens Ende Februar 2013 durch den GGR erfolgen können. Nur so wird sichergestellt, dass das leider nicht mehr überall vorhandene Vertrauen in die Behörden inkl. diesen Rat wieder hergestellt werden kann. In diesem Sinne ersucht Hugo Halter um Unterstützung dieses Antrages.

Stefan Hodel: Die Fraktion Alternative-CSP hat das Thema vor der heutigen Sitzung nicht vorbesprochen, sondern es haben einzig einzelne bilaterale Gespräche stattgefunden. Trotzdem möchte Stefan Hodel sich dazu äussern: Wenn der Antrag der SVP-Fraktion betr. Dringlichkeit unterstützt wird, hat der GGR heute nur die Wahl, die PUK einzusetzen oder nicht. Wird der Antrag der SVP-Fraktion betr. Dringlichkeit aber abgelehnt, so bleibt die Gelegenheit, in den Fraktionen das Thema zu besprechen. Es können dabei auch über die Aufgaben einer allfälligen PUK diskutiert und Überlegungen angestellt werden, ob die Liste der SVP-Fraktion tatsächlich umfassend ist. Schreibt sie doch in ihrem Antrag ausschliesslich vom Stadtrat als Ganzes. Wenn die Dringlichkeit abgelehnt wird, so kann auch darüber beraten werden, wer für das Präsidium der PUK in Frage kommt. Auch wenn zurzeit in den Medien ein riesen Wirbel gemacht wird, so besteht keine Gefahr, dass etwas vertuscht oder unter den Teppich gekehrt wird. Ein bisschen Ruhe und Besonnenheit in dieser Geschichte wird allen sicher gut tun. Stefan Hodel ist klar für die Einsetzung einer PUK, möchte aber, dass sich alle dafür die nötige Zeit nehmen und nicht eine Hauruckübung durchgeführt wird. Wenn heute die Dringlichkeit abgelehnt wird, so kann der GGR an der nächsten Sitzung oder an einer der nächsten Sitzungen mit etwas Abstand zu den Ereignissen in Ruhe über die Aufgaben, die Zusammensetzung und das Präsidium der PUK befinden. Stefan Hodel dankt Stadtpräsident Dolfi Müller für die sehr ausführlichen Informationen zu diesem Thema. Die Vorwürfe an den Stadtrat sind nach Meinung von Stefan Hodel nach diesen Ausführungen nicht mehr vorhanden. Wenn sich die Vorwürfe an Ivo Romer ebenfalls so zerschlagen – meine Güte, was haben die Medien da angerichtet! Stefan Hodel dankt auch Urs Bertschi für seine Ausführungen und Adrian Moos für den guten Vorschlag. Die Fraktion der Alternative-CSP kann sich damit sicher einverstanden erklären.

Philip C. Brunner dankt den Fraktionssprechern für die teilweise sehr richtigen Bemerkungen. Es ist in der Tat Nüchternheit und Augenmass angesagt. Die SVP-Fraktion macht daher folgenden vermittelnden Vorschlag: Der GGR soll sich an einer ausserordentlichen Sitzung anfangs 2013 (z.B. 8. Januar 2013) mit den Vorbereitungen im Sinne des FDP-Vorschlages befassen. So wird die Jubiläumssitzung anfangs Februar nicht von dieser PUK-Thematik betroffen. Somit kann heute der Rat die Dringlichkeit des Vorstosses gutheissen. Mit dem vermittelnden Vorschlag der SVP-Fraktion kann etwas Dampf abgelassen werden und die Fraktionen haben die Möglichkeit, intern ihre fähigsten Personen zu delegieren, welche dann am 8. Januar 2013 in die PUK gewählt werden können. Die SVP-Fraktion zieht aber trotz des vermittelnden Vorschlages den Antrag auf Dringlichkeit nicht zurück.

Adrian Moos stellt eine Annäherung fest. Offenbar geht es nur noch um Daten. Adrian Moos gibt aber zu bedenken, dass nach einer für viele strengen Arbeitszeit vor den Festtagen die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr für die Familien genutzt werden soll. Damit am 8. Januar 2013 das Thema hier im Rat verhandelt werden kann, müssten mindestens 10 Tage vorher die Anträge bereits bekannt sein. Adrian Moos ist absolut der Meinung, dass keinesfalls der Eindruck entstehen soll, es würde gebremst. Der 8. Januar 2013 ist aber ein zu sportlicher Termin. Damit setzt sich der Rat nur unnötig unter Druck. Dass in der FDP-Fraktion nicht die nächste Sitzung damit festgelegt wurde, begründet sich nur damit, dass es sich hier um die Jubiläumssitzung handelt. Die FDP-Fraktion erachtet daher den Vorschlag der CVP-Fraktion als zielführend. Es liegt am Büro, einen entsprechenden Vorschlag für eine zusätzliche Sitzung festzulegen. Eine solche kann auch deutlich vor Ende Februar stattfinden. Damit ergibt sich aber ein vernünftiger Zeitraum, um eine seriöse Bearbeitung zu rechtfertigen.

Urs E. Meier: Eigentlich ist es doch ganz einfach:

1. Ausgangspunkt ist ein FDP-Stadtrat, der sich in seinem Nebenamt auf moralisch fragwürdige und möglicherweise auch auf strafrechtlich relevante Art bereichert zu haben scheint – was er bestreitet.
2. In der Presse wird ein Nebenschauplatz eröffnet, wobei zwei linke Stadträte ins Visier genommen und mit Verdächtigungen konfrontiert werden.
3. Die Stadt braucht dringend einen funktionsfähigen Stadtrat, der sich ohne den medialen und den übrigen Verdächtigungs-Druck möglichst rasch wieder den Sachgeschäften widmen kann. Der Stadtrat ist selber an möglichst rascher Klarheit interessiert und bereit, seine Tätigkeit untersuchen zu lassen.
4. Es besteht eine funktionierende GPK, welche durchaus in der Lage ist, als PUK zu wirken und Licht ins vermutete Dunkel zu bringen. Das hat sie übrigens anlässlich der Casino-Affäre vor wenigen Jahren bewiesen. Die GPK kann die Arbeit rasch aufnehmen und führt viel schneller zum Ziel als eine speziell eizurichtende PUK es könnte.

Für die Feststellung, ob die Rechtmässigkeit der 6-monatigen Lohnfortzahlung an den zurückgetretenen Stadtrat gegeben ist oder nicht, bedarf es keiner speziellen PUK. Das ist eine rein rechtliche Frage, die rasch geklärt werden kann. Daher unterstützt Urs E.

Meier den Antrag der FDP-Fraktion und empfiehlt, die GPK mit den Rechten einer PUK auszustatten und als solche einzusetzen.

Martin Eisenring ist ob den beiden vorgängigen Vorträge doch etwas erstaunt, fällt das ganze doch sehr schnell wieder in die Parteipolitik und die Vertretung des eigenen Stadtrates zurück. Das ist sehr bedenklich in dieser heutigen Diskussion. Heute steht nicht die Parteipolitik, sondern die angegriffene Glaubwürdigkeit der Stadt im Zentrum. Die Bevölkerung stellt sich die Frage, ob diesem Parlament und dieser Regierung noch vertraut werden kann. Hier müssen Wichtigkeit und Dringlichkeit gegeneinander abgewogen werden. Der GGR sollte genügend schnell reagieren, sich aber nicht unnötig unter Druck setzen lassen. Von daher ist es begrüssenswert, wenn bald hier im Rat eine PUK zusammengestellt wird. Es wäre daher wichtig, heute den entsprechenden Entscheid zu treffen und nicht zu verschieben und so zusätzliche Unruhe zu provozieren. Es ist eine Untersuchung ohne Rücksicht auf Verluste anzustreben. Sie hat Licht ins Dunkel zu bringen. Martin Eisenring ist dem Stadtpräsidenten sehr dankbar für die klärenden Worte. Das genügt aber nicht. Auch zum Schutz des Stadtrates ist es sehr wichtig, dass von einer unabhängigen Instanz die Situation geprüft wird. Da ist die Glaubwürdigkeit einer PUK am ehesten gegeben. Der fragliche Stadtrat Ivo Romer ist heute nicht mehr im Amt. Damit ist das Risiko für die Zukunft nicht gegeben und es geht vor allem um die Vergangenheitsbewältigung. Störend ist für Martin Eisenring, wenn hier im Rat ein Journalisten-bushing gemacht wird. Natürlich sind die Vorkommnisse reisserisch wiedergegeben. Dennoch ist es wichtig, dass hier das Thema ans Licht gebracht wurde. Schliesslich geht es um Vorfälle, die einige Jahre zurückliegen. Da es offenbar bereits früher schon gewisse Hinweise gab, muss sich der Rat auch selber an der Nase nehmen. Es wurde immer wieder festgestellt, dass ein Stadtrat mit seinem Nebenamt diese Vorfälle provoziert habe. Das stimmt aber so nicht, sind doch die Vorfälle zu einer Zeit erfolgt als Ivo Romer noch nicht Stadtrat war.

Ratsvizepräsident Stefan Moos: Für die Dringlichkeit sind 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten bzw. 26 Stimmen erforderlich. Wird die Dringlichkeit nicht erreicht, wird der Vorstoss überwiesen und an der nächsten Sitzungen behandelt.

Adrian Moos: Wenn der Antrag der FDP-Fraktion unterstützt werden will, so muss zuerst die Dringlichkeit gegeben sein.

Manuel Brandenberg stellt der guten Ordnung halber Folgendes fest: Damit dem FDP-Antrag zugestimmt werden kann muss zunächst der Antrag der SVP-Fraktion betr. Dringlichkeit gutgeheissen werden.

Abstimmung
über den Antrag der SVP-Fraktion für Dringlichkeit:
Für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 38 Ratsmitglieder.

Ergebnis:
Ratsvizepräsident Stefan Moos stellt fest, dass mit 38 Jastimmen das notwendige 2/3-Quorum erreicht ist und somit die Dringlichkeit beschlossen ist.

Abstimmung
über den Antrag von Adrian Moos namens der FDP-Fraktion gegenüber dem Antrag der SVP-Fraktion für die dringliche Behandlung des ganzen Geschäftes an der heutigen Sitzung:
Für den Antrag von Adrian Moos namens der FDP-Fraktion stimmen 29 Ratsmitglieder.

Ergebnis:
Ratsvizepräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 29 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrs den Antrag von Adrian Moos namens der FDP-Fraktion gutgeheissen hat.

Manuel Brandenberg beantragt, das Gegenmehr zu ermitteln, wie dies in der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates auch vorgesehen ist.

Abstimmung
für den Antrag der SVP-Fraktion bzw. gegen den Antrag der FDP-Fraktion:
Gegen den Antrag der FDP-Fraktion stimmen 8 Ratsmitglieder.

Ergebnis:
Ratsvizepräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR somit mit 29:8 Stimmen den Antrag der FDP-Fraktion gutgeheissen und denjenigen der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

Manfred Pircher möchte erfahren, wann die Einsetzung der PUK nun erfolgen wird.

Ratsvizepräsident Stefan Moos: Manfred Pircher wird das noch erfahren, wenn er Ratsvizepräsident Stefan Moos die Möglichkeit gibt, die Sitzung zu leiten.

Abstimmung
über den Grundsatzantrag der FDP für die Einsetzung einer PUK:
Für die Einsetzung einer PUK stimmen 38 Ratsmitglieder.

Ergebnis: Ratsvizepräsident Stefan Moos stellt fest, dass für die Einsetzung einer PUK die Mehrheit aller Ratsmitglieder (21 Stimmen) notwendig ist. Mit 38 Jastimmen ist dieses Quorum erreicht und somit die Einsetzung einer PUK beschlossen.

Ratsvizepräsident Stefan Moos: Aufgrund vieler Traktanden und des nächstjährigen Jubiläums wird die Einsetzung einer zusätzlichen GGR-Sitzung erwogen. Diese ist am 15. oder 22. Januar 2013 möglich.

Abstimmung
für eine zusätzliche GGR-Sitzung am 15. Januar 2013 gegenüber einer zusätzlichen GGR-Sitzung am 22. Januar 2013:
Für die zusätzliche Sitzung am 15. Januar 2013 stimmen 13 Ratsmitglieder, für eine zusätzliche Sitzung am 22. Januar 2013 stimmen 23 Ratsmitglieder.

Ergebnis:
Ratsvizepräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 23:13 Stimmen eine zusätzliche Ratssitzung am 22. Januar 2013 beschlossen hat. Der Beginn ist voraussichtlich um 17.00 Uhr.

Ratsvizepräsident Stefan Moos übergibt nun den Vorsitz wieder an Ratspräsident Jürg Messmer.

Motionen und Postulate

Motion SVP-Fraktion für die kostenneutrale und bürgerfreundliche Öffnung der Einwohnerkontrolle und weiterer Ämter auch an Samstagen

Mit Datum vom 7. Dezember 2012 hat Gemeinderat Manfred Pircher namens der SVP-Fraktion folgende Motion eingereicht:
„Mit der vorliegenden Motion wird der Stadtrat verpflichtet, dem Grossen Gemeinderat eine kostenneutrale Änderung der Gemeindeordnung und allfälliger weiterer Rechtsgrundlagen zu unterbreiten, wonach die Einwohnerkontrolle, das Betreibungsamt und weitere städtische Verwaltungsabteilungen mit Publikumskontakt auch an Samstagen zwischen 9 und 16 Uhr geöffnet werden. Sollte dafür eine interkommunale Vereinbarung angepasst oder gekündigt werden müssen, wird der Stadtrat beauftragt, gleichzeitig eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Begründung:
1. Gemäss § 29 Abs. 2 der Gemeindeordnung sorgt der Stadtrat für eine zweckmässige Organisation der Stadtverwaltung. Dazu gehören die Öffnungszeiten der Verwaltungsabteilungen.
2. Es gibt städtische Verwaltungsabteilungen, mit denen der Bürger regelmässig Kontakt hat, und die über einen entsprechenden Publikumsschalter verfügen. Dazu gehört in erster Linie die Einwohnerkontrolle, welche Identitätskarten, Heimatscheine, Wohnsitzbestätigungen, Handlungsfähigkeitszeugnisse, Leumundszeugnisse und weitere Dokumente erstellt. Sie sind für das tägliche Leben der Bevölkerung wichtig und müssen für verschiedene Lebenslagen erstellt werden. Auch Betreibungsauszüge, die vom Betreibungsamt erstellt werden, werden oft benötigt, etwa wenn man sich für eine Stelle oder ein Amt bewirbt oder eine Wohnung mieten will.
3. Am Samstag haben die Leute Zeit, sich um solche Dinge zu kümmern, während sie unter der Woche aufgrund der oft auch auswärtigen Arbeit daran gehindert sind.

Um den Leuten das Leben zu erleichtern, wird der Stadtrat daher beauftragt, die genannten und allfällige weitere Ämter auch an Samstagen zwischen 9 und 16 Uhr zu öffnen. Weil damit gemäss Gemeindeordnung in eine Kompetenz des Stadtrates eingegriffen wird, müssen die Gemeindeordnung und allfällige weitere Regularien angepasst werden.

4. Die vorliegende Motion muss kostenneutral umgesetzt werden.
5. Sollte es interkommunale Vereinbarungen geben, welche der Umsetzung dieser Motion entgegenstehen, sind sie anzupassen oder zu kündigen.

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass die Überweisung dieser Motion für die Sitzung vom 22. Januar 2013 vorgesehen ist.

Interpellationen

Interpellation Hugo Halter namens der CVP-Fraktion betr. Klärung der Abläufe im Zusammenhang mit der Rolle der Vormundschaftsbehörde im Fall Romer

Mit Datum vom 7. Dezember 2012 hat Gemeinderat Hugo Halter namens der CVP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:
„Die CVP-Fraktion ist über die politische Entwicklung in der Stadt Zug sehr besorgt. Mit den ständigen Medienberichten und umgehenden Entgegnungen des Stadtrates erscheint die Sachlage als' immer unklarer und undurchsichtiger. Wir vermissen eine gezielte Krisenkommunikation innerhalb des Stadtrates, die unserer Ansicht zurzeit hilflos und wenig strukturiert wirkt und zudem reaktiv ist. Die Informationsführung muss hier mit den vorhandenen Mitteln (u.a. der Kommunikationsabteilung) übernommen werden. Es muss das Ziel sein, dass hier gegenüber der Bevölkerung der Stadt Zug im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten offen und transparent informiert wird. Dies auch deshalb, weil möglichst rasch eine Stabilisierung der Situation hergestellt werden soll. Nur so wird das Vertrauen in die Stadtbehörden und somit in den Rechtsstaat wieder hergestellt. Die Negativschlagzeilen auf dem Platz Zug müssen gestoppt werden.
Wir bitten den Stadtrat um schriftliche Beantwortung:

1. Es sind sämtliche vorhandenen Fakten, inkl. damalige Ausgangslage klar aufzuführen;
2. Wir erwarten auf einer Zeitachse, wem, was und wann innerhalb der Behörde / Vormundschaftsbehörde bekannt war und was unternommen und angeordnet wurde;
3. Welche Rolle spielten hier die medial im Fokus stehenden Personen? (Stadtpräsident, Departement Chef SUS und Stadtschreiber)
4. Wie sieht die weitere Bearbeitung, Nachbereitung, inkl. mögliche Konsequenzen seitens des Stadtrates, bzw. Vormundschaftsbehörde aus?

Je nach Beantwortung behält sich die CVP-Fraktion vor, weitere politische Schritte bis zur Forderung einer PUK einzureichen.

Ratspräsident Jürg Messmer: Die Interpellanten verlangen die schriftliche Beantwortung. Dafür hat der Stadtrat drei Monate Zeit.

Weitere Eingaben

Kleine Anfrage Philip C. Brunner betr. Öffentlicher Zugang zur Skylounge

Mit Datum vom 11. Dezember 2012 hat Gemeinderat Philip C. Brunner folgende Kleine Anfrage eingereicht:

„1. Ausgangslage:

Am 14. Februar 2011 reichten Karl Kobelt, Richard Rüegg und Philip C. Brunner, die Interpellation "Öffentlicher Zugang zur Skylounge - hält der Stadtrat Wort?" ein. Sie stellten darin dem Stadtrat eine Reihe von Fragen. Am 3. Mai 2011 hat der Stadtrat die Antwort in Bericht und Antrag Nr. 2148 auf zwei gestellte Fragen wie folgt geantwortet: Zitat: "Im Vertrag vom 30. Dezember 2010 mit der (Besitzerin) CSAMF ist geregelt, dass die Skylounge für die Öffentlichkeit im Bereich der "Skyterrasse" während 5 Tagen pro Woche jeweils zwischen 11.00 Uhr und 14.00 Uhr sowie zwischen 17.00 Uhr bis zum Betriebsschluss zugänglich ist. Der Betreiber der Skylounge kann den Betriebsschlusses bestimmen; es werden jedoch die von •Hospitality Consulting mit Bericht vom 11. August 2009 empfohlenen Zeiten (MO-DO bis 23.00 Uhr, FR/SA bis 24.00 Uhr, SO bis 22.00 Uhr) angestrebt. Die Skylounge kann auch an mehr als fünf Tagen pro Woche betrieben werden". Und weiter .... "Durch den Vertragsabschluss mit der CSAMF erfüllt der Stadtrat die Anliegen der Bevölkerung. Für die nächsten 30 Jahre - mit Verlängerungsrecht - ist freier Zugang zur Skylounge mit Konsumationspflicht und freier Zugang der Skyterrasse ohne Konsumationszwang während den vereinbarten Öffnungszeiten gesichert.
(....) die öffentliche Nutzung und Zugänglichkeit der Skylounge (sind) für die Öffentlichkeit im Sinne der Abstimmungsvorlage vollumfänglich gewährleistet (ist)". Ende Zitat.

2. Feststellungen:

Die Skylounge ist gemäss der eigenen HP: .. www.uptown-gastro.ch/de/skylounge •• wie folgt geöffnet:

Montag bis Mittwoch	11.00 – 24.00 Uhr (3 x 13 Std.)
Donnerstag und Freitag	11.00 – 02.00 Uhr (2 x 15 Std.)
Samstag	16.00 – 02.00 Uhr (1 x 10 Std.)
Sonntag	(Geschlossen) Offen für private Anlässe ab 30 Personen

Offenbar wird die Skylounge aber immer mehr für private Anlässe und somit für die Oeffentlichkeit geschlossen: Auf www.facebook.com finden sich nämlich folgende Einträge:

2.1 Facebookeintrag vom 28.11.2012:
"Liebe Skylounge-Freunde, Aufgrund von gebuchten Privatanlässen bleibt die Skylounge am 5.-, 11.-,12.- und 14. Dezember 2012 am Abend geschlossen".(Ergänzung: Der 5.12.12 ist heuer ein Mittwoch, der 11.12.12 ein Dienstag, der 12.12.12 ein Mittwoch 14.12.12 ein Freitag).

2.2. Facebookeintrag vom 27.11.2012:
Unsere Öffnungszeiten während den Festtagen:
Vom 23.-26. Dezember 2012 bleibt die Skylounge (ganz) geschlossen. (4 Tage)
Vom 27.-29. Dezember 2012 haben wir von 14:00 - 02:00 geöffnet.
Am 31. Dezember 2012 kann die Skylounge für einen Privatanlass gemietet werden.

3. Dazu stelle ich dem Stadtrat folgende Fragen:
   3.1. Ist dem Stadtrat überhaupt bekannt, dass die Skylounge (inkl. der von der Stadt gemieteten Fläche) - gehäuft für private Anlässe (mit-)genutzt wird und die Öffentlichkeit so teilweise ausgeschlossen bleibt. Dies beispielsweise jetzt ganz konkret in der KW 50 an vier von sieben Tagen (Di. 11.12./Mi. 12.12 . ./ Fr. 14.12. und wie üblich am Sonntag 16. Dezember 2012).
   3.2. Wie beurteilt er die vom Betreiber in Eigenregie festgelegten Öffnungszeiten, insbesondere der Umstand, dass ganz allgemein am Sonntag, wo ein Teil der Bevölkerung ihre Freizeit geniessen möchte, der Betrieb immer geschlossen bleibt und nur für Privatanlässe (mit Konsumationszwang) geöffnet wird? Dies gilt auch für weitere Feiertage, wie z.B. die Weihnachtstage und offenbar auch am 31.12.2012. Wäre ein aktives Besuchsrecht der Steuerzahler bei geschlossenem Gastro- Betrieb mit einer Aufsicht denn nicht möglich? Wenn Nein, warum nicht?•
   3.3. Wie beurteilt der Stadtrat den Umstand, dass die Stadt zwar Fr. 2'200'000.- für die Benützung während 30 Jahren geleistet hat - was auf rund 300 Tage pro Jahr und einer Vertragsdauer von 30 Jahren einen Betrag von ca. Fr. 245.- pro Tag ergibt, (Jahresmiete ca. Fr. 73'300.-, Jahresquadratmetermiete von ca. Fr. 365.-).
   3.4. Gedenkt der Stadtrat für entgangene Benützung seiner Fläche (z.B. in der KW 50) 4 x Fr. 245.- dem Betreiber für die Benützung der 200 qm der von der Stadt gemieteten Fläche in Rechnung zu stellen? Mit wie hohen Einnahmen für die Stadtkasse darf jährlich gerechnet werden?

4. Ein guter Zuger Lösungsvorschlag:
   Oder - wäre eine gütliche Win-Win-Reglung so denkbar, dass der Betreiber der Stadt bzw. der Einwohnerschaft am Sonntag die Lokalitäten öffnet und dafür an einer bestimmten vorgängig definierten Anzahl Tage die Fläche der Stadt legal für private Anlässe benützen darf?

Für die mündliche Beantwortung meiner Fragen danke ich im Voraus.

Ratspräsident Jürg Messmer: Kleine Anfragen werden schriftlich beantwortet. Sie gelangen nicht auf die Traktandenliste des Grossen Gemeinderates.

Einzelinitiative zur Aufhebung des Beschlusses über den Bau eines Sport- und Streethockeyplatzes für Oberwil

Mit Datum vom 11. Dezember 2012 haben die Gemeinderäte Michèle Kottelat, Christina Huber Keiser, Susanne Giger, Isabelle Reinhart und Willi Vollenweider folgende Einzelinitiative eingereicht:
„I. Wortlaut der Einzelinitiative:
Gestützt auf § 12 der Gemeindeordnung der Stadt Zug reichen die Unterzeichnenden die folgende Einzelinitiative ein:
Der von der Stimmbürgerschaft der Einwohnergemeinde Zug am 11. März 2007 gefasste Beschluss betreffend die Annahme der Initiative über den Bau eines Sport- und Streethockeyplatzes für Oberwil mit dem Wortlaut:
"Die Stadt Zug errichtet einen geeigneten Streethockeyplatz auf dem geografischen Gebiet der Nachbarschaft Oberwi/-Gimenen mitsamt der dazu benötigten Infrastruktur, der unter anderem auch für andere Veranstaltungen benützt werden kann. Dieser soll zeitlich so realisiert werden, dass er vor dem 1.1.2012 dem Spie/betrieb übergeben werden kann. "
wird aufgehoben.
II. Begründung:
Anstoss zur Initiative hat der Gerichtsentscheid vom 11. September 2007 gegeben, der den Streethockey-Trainings- und Spiel betrieb in Oberwil ab dem 20. Januar 2008 stark einschränken und per 20. Oktober 2009 völlig verbieten sollte. Dies nachdem Anwohner wegen Lärmbelästigung gerichtlich vorgegangen waren. Die oben erwähnte Initiative ist von den Zuger Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 11. März 2007 bei einer Stimmbeteiligung von 57.97 mit 6834 Ja gegen 2328 Nein deutlich angenommen worden. Die ganze Stadt hat sich damit solidarisch mit dem Oberwiler Sportclub gezeigt, der unbestrittenermassen einen wichtigen Beitrag zum Zuger Breitensport und zur Jugendförderung leistet.
Der Stadtrat hat rasch gehandelt: Der Stadtrat hat in vorbildlicher Weise alles unternommen, damit die erfolgreichen Oberwil Rebells nach dem moralischen nicht auch noch einen sportlichen Schaden aus ihrer misslichen Situation tragen mussten. Aus diesem Grund bewilligte er am 8. Januar 2008 einen Kredit von brutto CHF 145'000.-- inkl. MwSt. für die Errichtung eines provisorischen Streethockeyplatzes in der Herti zwischen Trainingshalle und Sporthalle. Der asphaltierte Platz wurde so vorbereitet, dass er kurzfristig mit relativ geringem Aufwand eingerichtet und auf den 20. Januar 2008 bereitgestellt werden konnte. Da dieser Platz danach als Installationsplatz für den Bau des neuen Eisstadions benötigt wurde, musste für die Rebells ein weiteres Provisorium gefunden werden. Auf Land der Korporation Zug, angrenzend an die Fussballfelder im Herti Nord, konnte die Stadt Zug ein geeignetes Stück Land für den Bau einer Streethockey-Anlage finden. Leider war auch hier der Widerstand gross. Mittels 50 Einsprachen sollte der Bau verhindert werden. Dank guten Verhandlungen von Stadt- und Regierungsrat konnte mit den Einsprechern eine aussergerichtliche Einigung gefunden werden. Am 3. September 2009 erfolgte im letzten Moment die Übergabe des Platzes in der Herti an die Oberwil Rebells rechtzeitig vor dem definitiven Aus in Oberwil am 20. Ok-

tober 2009. Das finanzielle Engagement der Stadt Zug für diesen Platz betrug CHF 1'023'445.50. Um den Stadtzuger Sportclubs optimale Bedingungen zu bieten, investiert die Stadt laufend in die Infrastruktur. Für CHF 1'394'000 entsteht ein neues Garderobegebäude in der Herti. Gemeinsam mit den Benutzern Zug 94 und den Oberwil Rebells hat das Bauamt das Raumprogramm für das neue Garderobegebäude optimiert.
Beste Bedingungen in Zug West: Der Stadtrat hat dafür gesorgt, dass die Oberwil Rebells in der Sportmeile in der Herti in Zug West gute Trainings- und Wettkampfmöglichkeiten gefunden haben. Dies in einem Gebiet, das zudem bestens mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen ist und über Parkplätze verfügt. Die Oberwil Rebells haben für 2015 die Streethockey Weltmeisterschaft nach Zug geholt. Wie gut sie selber die Sportinfrastruktur in Zug West beurteilen und das dortige Synergiepotenzial schätzen, geht aus ihrer Webseite hervor:
"Die Oberwil Rebells, welche sich von Beginn weg für diese Kandidatur stark gemacht und engagiert haben, freuen sich auf diesen tollen internationalen Event in der Stadt Zug. Der Grossanlass wird für den Streethockeysport in der Schweiz neue Dimensionen annehmen. Erwartet werden gegen 1'000 Athleten aus 20 Nationen mit 26 - 30 Teams. Als sportliche Austragungsorte dienen die Bossard-Arena für den A-Pool, sowie die Trainingshalle des EV Zug für den B-Pool und die Sporthalle für die Damen. Dank der guten Infrastruktur in der Stadt Zug ist es möglich, den kompletten Anlass auf engstem Raum durchzuführen. Dies erleichtert die Transportwege enorm. Zudem wird mit Sicherheit eine tolle Sportatmosphäre rund um Uptown Zug aufkommen. Bis dahin wird der Vorplatz fertiggestellt sein und dieser soll durch die Weltmeisterschaft als Eventplatz genutzt werden. Der Stadtrat, wie auch der Regierungsrat haben ihre vollste Unterstützung zugesichert, was bei der Präsentation in London einen zusätzlichen bleibenden Eindruck hinterlassen hat."
Auch wenn die Initiative bisher nicht umgesetzt wurde, so hat sie doch dank der breiten Zustimmung dazu geführt, dass der Stadtrat die Oberwil Rebells immer nach Kräften unterstützt und nichts unterlassen hat, damit sie stets die bestmöglichen Verhältnisse zur Ausübung ihres Sportes hatten.
Kein Platz in Sicht: Was der Stadtrat bis heute nicht erreicht hat, ist der erfolgreiche Abschluss der Suche nach einem geeigneten und zonenkonformen Ort im Gebiet Oberwil-Gimenen, an dem ein Sport- und Streethockeyplatz erstellt werden kann. Aus diesem Grund möchte der Stadtrat dem Volkswillen auf andere Art zum Durchbruch verhelfen. Als einzige Standortmöglichkeit steht die im Rahmen der Ortsplanungsrevision ausgeschiedene Zone OelB nördlich des Mülimattweges zur Verfügung. Aus lärmrechtlicher Sicht lässt sich an diesem Standort eine Streethockeyanlage jedoch nur innerhalb einer geschlossenen Halle realisieren. Für den Bau einer solchen Halle rechnet der Stadtrat mit Erstellungskosten von CHF 6 bis 7 Mio. [vgl, Antwort des Stadtrats auf die Interpellation von Monika Mathers und Michèle Kottelat, Nr. 2231). Damit betragen die Erstellungskosten das Doppelte dessen, was im Rahmen der Abstimmung im März 2007 zur Debatte stand. Für die Erstellung eines Streethockeyplatzes ging man von ca. CHF 3 Mio. aus. In den Augen der Einzelinitianten kann aus der Initiative, welche einen Sportplatz mit erweitertem Nutzungspotenzial verlangt, nicht automatisch ein Anspruch auf

den Bau einer viel teureren Sporthalle abgeleitet werden. Ein solches Vorgehen kommt einer Verzerrung des Volkswillens gleich. Es stellt sich deshalb die berechtigte Frage ob eine Initiative zum Bau einer reinen Sporthalle in Oberwil dieselbe Akzeptanz gefunden hätte.
Komplett andere Ausgangslage: Wir stehen heute vor einer komplett anderen Ausgangslage als zum Zeitpunkt der Volksabstimmung im März 2007. Mittels dieser Einzelinitiative soll der Zuger Stimmbevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, sich vor der konkreten Planung des Projektes für oder gegen dieses Bauvorhaben auszusprechen. Der Baukredit für eine Sporthalle mit Erstellungskosten von CHF 6 bis 7 Mio. unterliegt gemäss §7 der Gemeindeordnung einer obligatorischen Volksabstimmung. Das heisst, die Stadtzuger Stimmbevölkerung wird sich in jedem Falle zu diesem Geschäft äussern können. Dabei besteht das Risiko, dass eine Mehrheit der Stimmbevölkerung den Bau einer solchen Sporthalle ablehnen wird. Die Planungskosten für den Bau der Sporthalle betragen rund eine halbe Million Franken. Nach Ansicht der Einzelinitianten ist es fragwürdig, wenn eine halbe Million Franken in die Planung eines Projektes investiert wird, bei dem heute unklar ist, ob es tatsächlich realisiert wird. Deshalb wollen wir den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern mittels dieser Einzelinitiative und in Kenntnis der aktuellen Sachlage die Möglichkeit geben, sich zum Bauvorhaben zu äussern, bevor die Stadtregierung grosse Beträge für die Planung einer solchen Halle ausgibt."

Ratspräsident Jürg Messmer teilt mit, dass die Einzelinitiative an der Ratssitzung vom 22. Januar 2013 zur Überweisung traktandiert wird.

3. Budget 2013 und Finanzplan 2013 - 2016

Es liegen vor:
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2235
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2235.1

Ratspräsident Jürg Messmer: Gemäss § 48, Abs. 4, GSO, ist in jedem Fall auf Volksinitiativen, Parlamentarische Vorstösse, Berichte und Anträge zur zweiten Beratung sowie auf das Budget und die Jahresrechnung. Zu diesen Geschäften findet keine Eintretensdebatte statt.

Grundsatzvoten

Philip C. Brunner, Präsident GPK: Jetzt wird es konstruktiv! 2075: Wer kennt diese Zahl nicht? Alle Zahlen in der Vorlage des Stadtrats sind sicher genau geprüft worden. Trotzdem ist diese Zahl nicht bekannt? Das ist bedauerlich. Diese Zahl ist aber tatsächlich in der Vorlage nicht zu finden, es handelt sich nämlich um eine Jahreszahl, rückwärts gerechnet. Es handelt sich dabei um das Jahr 63 vor Christus. Damals sagte jemand (Zitat):

- Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein
- die öffentlichen Schulden müssen verringert werden
- die Arroganz der Behörden muss gemässigt und kontrolliert werden
- die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn Rom nicht bankrottgehen will. Die Menschen müssen wieder lernen zu arbeiten anstatt sich auf die Hilfe des Staates zu verlassen. (Zitatende)

Dieses Zitat ist 2075 Jahre alt und wurde vom berühmten Politikeranwalt und angeblich bestem Redner Roms gebracht, namens Cicero. Philip C. Brunner stellt dieses Zitat vor die heutige Debatte. Darin sind alle Elemente, um die es heute geht, enthalten.
Philip C. Brunner erstattet Bericht und Antrag zur Vorlage des Stadtrats Nr. 2235 und verweist auf das vorliegende Budget, wie auch auf den erstmals vorliegenden Finanzplan 2013 bis 2016. Das Budget ist sehr sorgfältig ausgearbeitet worden. Dafür sei den Verantwortlichen im Finanzdepartement, insbesondere dem hier im Saal anwesenden Finanzsekretär Andreas Rupp, herzlich gedankt. Auch der Stadtrat hat sich an diesem Budget seine Zähne ausgebissen, musste doch eine äusserst harte Nuss verarbeitet werden. Die GPK ist sehr tief in die Geheimnisse dieses Budgets eingestiegen. So hat sich jedes einzelne Mitglied sehr intensiv als Referent mit dem jeweiligen zugewiesenen Departement auseinandergesetzt. Die Beobachtungen und Bemerkungen, welche auch im GPK-Bericht zu finden waren, sind mit dem Stadtrat und den direkt beteiligten leitenden Mitarbeitenden eingeflossen. Die wichtigsten Punkte, welche man zur Beurteilung dieses Budgets kennen muss, sind

1. Der ZFA/NFA ist dieses Jahr erneut um rund 9 %, bzw. CHF 6 Mio. auf über CHF 72 Mio. gestiegen. Das ist ausserhalb des Einflusses des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates. Man kann sich nur darüber ärgern, man muss aber diese

Zahl akzeptieren. Die Zahl beträgt mittlerweile CHF 72,5 Mio., bzw. 40 % der städtischen Steuereinnahmen von CHF 189,5 Mio.

2. Ebenso beginnen sich die vom Volk beschlossenen Steuerpakete schmerzhaft bemerkbar zu machen. Tendenziell sinken die Steuern aufgrund von ebenfalls nicht beeinflussbaren Faktoren darüber hinaus.
3. Weggefallen sind in der Tat per 1. Januar 2013 rund CHF 675'000.-- gemäss Budget 2012 für die Vormundschaftsbehörde.

Wer also sparen will - und das wollen eigentlich alle - der muss sagen, wo ganz genau er sparen will - dies war und ist die Ansicht des Stadtrates aber auch einer grossen Mehrheit der GPK. Einige Ideen dazu möchte Philip C. Brunner dem Rat auf den Weg geben, Sparen kann also heissen:

- Personal abbauen - aber wo genau? Wer soll frühpensioniert oder entlassen werden? Warum
- Leistungen der Stadt für Ihre Einwohner nicht mehr erbringen - aber welche genau? Sicherheitsabbau, wohl eher nicht, oder?
- Schulklassen zusammenlegen und Klassengrössen bis 22-24 aufstocken
- Leistungen des Werkhofes an Private abtreten
- Spitexleistungen vermehrt von privaten Anbietern beziehen
- Weihnachtsbeleuchtung 2013 stoppen?
- Feierlichkeiten des GGR reduzieren, absagen?
- And last but not least - bestehende Beschlüsse des GGR annullieren und die Beträge neu festlegen.

Wer will das - und wer übernimmt die Verantwortung, wenn ein Aufschrei durch die Presse nach dem Florians-Prinzip durch die Leserbrief-Spalten und an den Stammtischen erfolgt? Wer steht hin?

Man sieht: es ist nicht so einfach, wie es möglicherweise in den Fraktionen getönt hat bei der Budgetberatung. Die GPK hat mit 6:1 diesem Budget zugestimmt. Ein Sparantrag im Gesamttotal von CHF 5,0 Mio., verteilt auf die verschiedenen Departemente wurde von einer Minderheit von 2 Mitgliedern der GPK unterstützt und in 6 Abstimmungen jeweils mit 2:5 Stimmen abgelehnt. Warum wurde dieser Antrag abgelehnt? Die Ablehnung lag nicht zuletzt darin begründet, dass, wie sicher der stellvertretende Finanzchef Andre Wicki noch ausführen wird, sich der Stadtrat in mehreren Sparrunden zum Sparen durchgerungen hat. Das darf man, das muss man zur Kenntnis nehmen. Und man darf sich auch darüber freuen. Es ist also nicht so, dass man dem GGR jetzt noch eine fleischige Zitrone übergibt, sondern diese Zitrone ist gemäss den Worten von alt Stadtrat Ivo Romer dieses Jahr gewissermassen ausgepresst.

Philip C. Brunner fasst zusammen: Die GPK beantragt

- Eintreten auf den Voranschlag
- Die Einkommens- und Vermögenssteuer für Natürliche Personen sowie die Reingewinn- und Kapitalsteuer für die Juristischen Personen bei 60 % auf der Basis des kantonalen Einheitssatzes zu belassen
- Die Hundesteuer soll bei CHF 100.-- belassen werden.

- Die auf der letzten Seite des Kommissionsberichtes aufgeführten Kürzungsanträge im Betrag von CHF 938'800.-- zu übernehmen, wie dies offenbar der Stadtrat bereits getan hat.
- Bezüglich Entnahme aus der Steuerausgleichsreserve unterstützt die GPK mehrheitlich den Stadtrat mit CHF 10 Mio.
- Der Finanzplan sei zur Kenntnis zu nehmen
- Die Investitionsausgaben seien mit CHF 5,118 Mio. zu kürzen.

Stadtrat André Wicki: Die Stadt Zug weist mit CHF 270 Mio. bzw. CHF 1'270.--/Bürger ein beachtliches Budget auf. Die Stadt Zug setzt diese Gelder zum Wohle für alle Bürgerinnen und Bürger sehr gut ein. Nicht umsonst ist diese Stadt für dieses hervorragende Angebot über die schweizerischen Grenzen hinaus bekannt. Die Stadt Zug hat aber auch Herausforderung, Herausforderungen finanzieller Natur. Deswegen muss genau abgewogen werden, was es zukünftig braucht oder auch nicht, damit dieses hervorragende Angebot für alle in Zug beibehalten werden kann. Dies hat der Stadtrat mit der vorliegenden Budgetvorlage auch getan. Wie vor einem Jahr angekündigt sind in der heute zu beratenden Vorlage das Budget 2013 und der Finanzplan 2013 bis 2016 zusammengeführt worden. Damit kann man sich ein gesamthaftes Bild über die Vermögens- und Ertragslage machen. Das vorliegende Budget 2013 wurde in vier Budgetläufen erstellt. Insgesamt wurden CHF 15 Mio. gekürzt oder Einnahmen angepasst. Bisher kam es noch nie vor, dass innerhalb der Verwaltung das Budget viermal angepasst wurde. Diese CHF 15 Mio. Einsparungen sind genau die Mehraufwendungen NFA/ZFA von CHF 6 Mio. und Mindererträge von CHF 9 Mio. Steuern. Es ist unglaublich: die Stadt Zug gibt für NFA/ZFA 40 % ab. Investitionen werden entsprechend zurückgestellt oder können nicht ausgeführt werden. Anderseits wurde das Investitionsprogramm von 4 auf 10 Jahre erweitert. Dadurch können die Budgetierung optimaler und die Investitionen besser priorisiert werden. Dies führte im vorliegenden Budget zu geringeren Abschreibungen und Finanzierungskosten. Der Personalbestand weist eine Erhöhung von 7.61 Stellen auf. Davon fallen 5.7 Stellen auf den Betreuungsbereich des Bildungsdepartements. Der Stadtrat hat zudem diverse beantragte Stellen nicht bewilligt. Details sind dazu auf Seite 14 ersichtlich. Am 29. Oktober 2012 wurden den Präsidenten der BPK, der GPK und den Fraktionschefs die wichtigsten Entwicklungen der Aufwände, Erträge und Investitionen aufgezeigt. Zusammengefasst weist das Budget 2013 ein Fehlbetrag von CHF 12,2 Mio. aus. Der Stadtrat schlägt eine Entnahme von CHF 10 Mio. aus den Steuerausgleichsreserven vor. Dazu zeigt Stadtrat André Wicki einen Quervergleich zum Kanton auf:
Übersicht Steuerausgleichsreserve in in Mio. CHF (Budget 2013)

Bezeichnung	Ergebnis Budget 2013 vor Entnahme	Entnahme	Ergebnis Budget 2013 nach Entnahme	Bestand Reserve	Prozent
Kanton Zug	-73.4	47.5	-25.9	332.5	23,8 %
Stadt Zug	-12.2	10.0	-2.2	95.0	3,5 %

Vergleich Kanton/ Stadt	Kanton	Stadt	
Total Ertrag in Mio.	1‘400	270	6,2x grösser
Aufwandüberschuss	-25,9	-2.2	-1.3
In % vom Ertrag	1.8	0.8	0.5
Aus Steuerreserve in Mio.	47.5	10.0	

Auch der Kanton löst Steuerreserven auf, um den Rückgang bei den Steuern auszugleichen. Unabhängig vom Vorgehen Stadt/Kanton ist die Stadt in die gleiche Stossrichtung gegangen. Die Steuerausgleichsreserve ist dafür geschaffen worden, um sie in einer solchen Finanzlage auch nutzen zu können. Der Stadtrat geht davon aus, im Jahre 2015 aufgrund von Reduktionen beim NFA von 6 auf 3 % CHF 10 Mio. wenig benötigt werden. Vorgesehen sind im Jahr 2013 CHF 10 Mio., im Jahr 2014 CHF 8 Mio. und im Jahr 2015 noch CHF 2 Mio. Steuerentnahmen.
Nun noch zu den Anträgen der GPK: An der ganztägigen Sitzung vom 19. November 2012 wurden alle Kostenstellen, Kostenarten sowie Investitionen durchberaten. Der Stadtrat erklärt sich bereit, die Korrekturen der GPK wie folgt zu übernehmen:

- Bei der Laufenden Rechnung stimmt der Stadtrat den Kürzungen von CHF 938'800.-- zu, d.h. das neue Rechnungsergebnis weist ein negatives Ergebnis von CHF 1,318 Mio. auf
- Bei den Investitionen stimmt der Stadtrat dem Antrag für CHF 5,118 Mio. grundsätzlich zu, jedoch möchte er bei der Industriestrasse nicht eine Verschiebung um ein Jahr. Dazu folgen noch weitere Ausführungen von Stadtrat Andreas Bossard.

Manfred Pircher: Da die Stadt Zug nicht sehr rosigen Zeiten entgegen sieht, hat die SVP-Fraktion das Budget sehr genau geprüft und wollte zuerst noch mehr sparen. Da die SVP aber eine verantwortungsvolle Partei ist und die Verantwortung auch übernimmt, stellt sie folgenden Antrag: Es sei eine globale Kürzung der Laufenden Rechnung von CHF 5 Mio. vorzunehmen.

Martin Kühn: Wäre das Budget der Stadt Zug das Budget resp. der Businessplan einer privaten Unternehmung, Martin Kühn würde keine einzigen Rappen in diese Unternehmung investieren. Wieso? Die Aussichten für die nächsten Jahre sind schlecht: praktisch alle entscheidenden Kennzahlen zeigen einen negativen Trend auf: tiefere Steuereinnahmen, höhere Kosten, dadurch permanente Defizite, viel zu hohe Investitionen und daraus folgend eine ständig zunehmende und hohe Verschuldung. Auch das Umfeld zeichnet ein düsteres Bild: Rezessionsängste, Druck auf wichtige Branchen, die in Zug ansässig sind, Krise im EURO Raum und so weiter. Der Realität muss in die Augen geschaut werden: die guten Jahre sind vorbei und das Parlament ist in der Verantwortung, dass mit den Staatsgeldern haushälterisch umgegangen wird. Kann jemand hier im Saal sagen, wie diese Rechnung aufgehen soll, wenn gemäss Antrag Stadtrat, Seite 8, pro Jahr zwischen CHF 12 und CHF 23 Mio. für Investitionen zur Verfügung stehen, aber pro Jahr zwischen CHF 60 und CHF 70 Mio. an Investitionen ausgeben wird? Bis ins Jahr

2016 ist geplant, CHF 125 Mio. neue Schulden aufzunehmen. Das sind Schulden, die verzinst und irgendwann zurückbezahlt werden müssen. Da muss sich jeder mal fragen, ob er oder sie privat auch so sorglos mit der Aufnahme von neuen Schulden umgeht? Soll dieser Schuldenberg wirklich der nächsten Generation überlassen werden? Ganz zu schweigen von den zusätzlichen Zinskosten von – konservativ gerechnet – jährlich CHF 3 Mio., die zusätzlich zu den bestehenden Schuldzinsen dazukommen werden. Man sieht in einigen umliegenden EURO Staaten, was passiert, wenn zu viele Schulden gemacht werden und über den Verhältnissen gelebt wird. Das Muster ist das gleiche: Schlechte negative Rechnungsergebnisse und zu wenig Spardruck, gepaart mit zu hohen Investitionen und zunehmender Verschuldung. Man muss sich einfach mal klar vor Augen halten, dass die Stadt Zug keine gesunden Gemeindefinanzen mehr hat. Oberstes Ziel der Finanzpolitik sind gesunde Gemeindefinanzen. Dieses Parlament hat im Jahre 2008 als Definition gesunder Gemeindefinanzen folgende im Antrag des Stadtrates Seite 9 nachzulesenden Parameter definiert. Martin Kühn erlaubt sich jeweils, den Parameter (also der SOLL Zustand) mit den Gemeindefinanzen der Stadt Zug (dem IST Zustand) zu vergleichen. Vorweggenommen, werden 3 der 5 Kriterien bei weitem nicht erfüllt.

1. Eine ausgeglichene Rechnung (dies ist seit 2010 nicht mehr erfüllt und bis 2016 nicht mehr geplant! Kriterium also nicht erfüllt.)
2. Jährliche Nettoinvestitionen von über CHF 30 Mio. (Kriterium erfüllt, jedoch leider doppelt so hoch wie mal geplant)
3. 100% Selbstfinanzierung im 5 Jahresschnitt (davon ist die Stadt Zug meilenweit entfernt. Kriterium also nicht erfüllt)
4. 50% Eigenkapitalquote (Kriterium bis auf weiteres noch erfüllt, Tendenz aber stark sinkend. Wenn sich nichts ändert ist dieses Kriterium in 5 Jahren auch nicht mehr erfüllt)
5. Zinsbelastung soll 2% der jährlichen Steuereinnahmen nicht überschreiten (dieser Parameter wird im Jahr 2013 bereits nicht mehr erfüllt sein)

Also: 3 von 5 Kriterien, welche sich dieser Rat und diese Regierung zum Ziel setzte, werden nicht mehr erfüllt. Was ist die Schlussfolgerung? Es steht wirklich nicht gut um die städtischen Gemeindefinanzen und obwohl es weh tut, muss es in die einzelnen Köpfe: Die Stadt Zug hat keine gesunden Gemeindefinanzen mehr. Doch was ist nun zu tun? Auf der Einnahmeseite ist nicht viel zu machen. Die FDP will ganz entschieden am Steuerfuss von 60% festhalten. Dieser steht für sie nicht zur Diskussion. Logischerweise muss daher auf der Kostenseite gespart werden. Es ist klar, dass die Zahlungen an den ZFA/NFA Topf das Ergebnis massiv belasten. Die FDP setzt sich stark dafür ein, dass die Zahlungen auf ein erträgliches und viel tieferes Niveau kommen. Aber auch wenn alles optimal läuft für die Stadt Zug, ist erst in den Jahren 2015 oder 2016 mit einer Reduktion der Belastung zu rechnen. Somit muss in den anderen Positionen weiter nach Sparpotential gesucht werden. Die FDP Fraktion stellt daher folgenden Antrag:

Zur laufenden Rechnung:

- Kürzung der Kosten der laufenden Rechnung um CHF 5 Mio.
- Die Kürzung ist eine globale Kürzung, das heisst, der Stadtrat soll entscheiden, wo er die Kürzungen machen will.

- Entnahme aus der Steuerausgleichsreserve von nur CHF 5 Mio. (anstelle von CHF 10 Mio. gemäss Antrag Stadtrat)

Zu den Investitionen

- Kürzung der Investitionen gemäss Antrag GPK um CHF 5.118 Mio.

Martin Kühn möchte es nicht unterlassen, die bisherigen Sparbemühungen des Stadtrates positiv zu würdigen. Aber der Rat muss hier noch einen Schritt weitergehen. Auch wenn Martin Kühn in den verschiedenen Protokollen mehrere Male gelesen hat, wie der Stadtpräsident Dolfi Müller gesagt hat „die Zitrone sei ausgepresst" oder „das sei das Ende der Fahnenstange". „Lieber Dolfi, wenn wir so weiterwirtschaften, können wir in ein paar Jahren weder eine Zitrone noch eine Fahnenstange kaufen."
Zum Schluss dankt Martin Kühn dem Stadtrat und den involvierten Mitarbeitern der Stadt für die gute und schlüssige Aufbereitung und Darstellung des Budgets 2013.

Othmar Keiser: Die Fraktion der CVP hat - trotz veränderter Umstände - die Vorlage detailliert besprochen und sich ein ganzheitliches Bild der stadtzugerischen Finanzsituation gemacht. Die Vorlage ist ausgewogen, zeigt aber Streifschüsse von Einmaleffekten und strukturellen Schwächen. Wie vor einem Jahr als die Bürgerlichen ein Globalbudget ermöglichten, so sind sie auch heute und in Zukunft auf Sparanstrengungen angewiesen. Die CVP-Fraktion glaubt dem Stadtrat, dass es noch nie vorgekommen ist, 4 Budgetrunden durchzuführen. Allerdings verunsichert diese Aussage. Aus Sicht der CVP-Fraktion waren diese nötig - die Vorlage glänzt noch immer resp. eben nicht so sehr. Wie sah das erste Budget wohl aus? Und ist die Zitrone wirklich ausgepresst? Othmar Keiser kommt später auf diese Punkte zurück und erläutert, wo die Fraktion noch Potenzial sieht.
Wie auf Seite 6 - im gestuften Erfolgsausweis - zu erkennen ist, steigen alle Aufwandpositionen (ausser Abschreibungen) an. Der Auftrag der Exekutive ist es, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Zumindest wurde am GPK-Tag klar gemacht, dass die kantonale Finanzverwaltung ein massiv negatives Budget nicht akzeptieren und zurückgeben würde. Nun, man möge denken, dass CHF 2.2 Mio. Defizit gar nicht so schlimm ist. Die Diskussionsbasis in der CVP-Fraktion basiert aber auf den CHF 12.2. Defizit - also das Defizit, vor Auflösung der Steuerausgleichsreserven. Die CVP-Fraktion wird den Antrag der FDP-Fraktion unterstützen, wonach die Entnahme aus der Steuerausgleichsreserve um die Hälfte auf CHF 5 Mio. zu reduzieren sei. Man stelle sich mal vor: ohne konjunkturelle Abkühlung werden von der gesamten Reserve 10 % entnommen. Das ist kein langfristiger und generationsübergreifender Entscheid. Hünenberg und Oberägeri senken die Steuern, in Baar bleiben sie bei 56 %. Die CVP-Fraktion ist überzeugt, dass die Stadtzugerinnen genug Steuern für den Normalbetrieb bezahlen. Jedoch ist mehr Bescheidenheit angesagt. Wo muss angesetzt werden? Die Eckpfeiler der finanzpolitischen Führung - das magische Dreieck - basiert auf gesunden Finanzen (die sind zwar heute noch vorhanden, es muss aber dafür gekämpft werden) einer attraktiven Steuerbelastung und einem hochstehenden Leistungsangebot. Dieses ist aktuell sehr hoch, heuer mit der Freizeitbetreuung wurde es weiter ausgebaut. Zurück zu Seite 6: Welche Ausgaben können nun reduziert oder gestrichen werden? Viele Ausgaben sind quasi fix. NFA/ZFA, Personal, Abschreibungen und diverse Transferzahlungen. Das Sparpotenzial

besteht aus weniger als CHF 100 Mio. der Gesamt-Aufwendungen. Insofern erachtet die CVP-Fraktion einen Sparvorschlag von CHF 5 Mio. der FDP als überrissen. Damit sägt man am eigenen Ast, am Standortvorteil, bei notwendigen Investitionen. Oder aber es geht ans Eingemachte (sog. ‚untouchables') wie z.B. Personalaufwand. Hat man sich auch schon gefragt, wie vielen Angestellten resp. Kürzungen beim Standortvorteil einer CHF 10 Mio.-Entlastung durch den NFA/ZFA entsprechen? Dabei geht es nicht um CHF 1,2 oder CHF 1,5 Mio., um 8 oder 10 Mitarbeiter weniger auf der Lohnliste zu haben. Mit CHF 10 Mio. wird eindeutig mehr erreicht. Die CVP-Fraktion verdankt die Initiativen der Zuger Exekutive in der Gemeindepräsidenten- und Finanzvorsteherkonferenz zur Entlastung der Rechnung um nicht weniger als CHF 10 Mio. Das scheint auf gutem Wege. Die CVP-Fraktion will keine pauschalen Kürzungen im Sinne von CHF 5 Mio. unterstützen, sondern unterstützt einstimmig die gemachten Kürzungen in der laufenden Rechnung und in der Investitionsrechnung der GPK. Dazu werden noch spezifische Kürzungsanträge gestellt werden. Möglichkeiten sieht die CVP-Fraktion beim Bildungsdepartement, wo diverse Subabteilungen über drei Jahre ohne entsprechende Mehreinkünfte z.B. 10 % Kosten generiert haben. Auch bei der Kultur und der Stadtentwicklung oder Tugium usw. sieht die CVP-Fraktion Möglichkeiten. Hier sieht die CVP-Fraktion durchaus noch einen Betrag von insgesamt CHF 1,5 Mio. – moderat, aber immerhin so, dass vom ursprünglichen Defizitbetrag abzüglich GPK-Kürzungen und abzüglich CHF 1,5 Mio. der CVP-Fraktion sowie CHF 5 Mio. Auflösung der Steuerausgleichsreserve ein Budget mit einem Minus erreicht wird, das von der kantonalen Finanzdirektion akzeptiert werde. Bei den Investitionen ist es für die Planung sehr positiv, dass das Investitionsprogramm inzwischen auf 10 Jahre ausgedehnt wurde. Aus einem Projektierungskredit von CHF 3 Mio. wird mit der Erweiterung Schulanlage Herti 2 für CHF 50.25 Mio. das wahre Piece de Résistance ersichtlich. Kann sich die Stadt Zug das wirklich leisten? Gesunde Finanzen sind der CVP-Fraktion sehr wichtig. Sie ist überzeugt, über die NFA/ZFA-Entlastung am meisten Nutzen ziehen zu können. Bei der jetzigen Budgetdiskussion sollten nochmals die Überprüfung gewisser Notwendigkeiten und die Verkraftbarkeit hinterfragt werden. Weitere Sparanstrengungen sind von Nöten. Die Stadt Zug kann sich nicht mehr alles leisten. Bei der Investitionsrechnung sei die Verkehrsberuhigung an der Industriestrasse, im St. Johannes, Eichwaldstrasse, Kreisel usw. genannt. Das sind riesige Positionen. Man darf gespannt sein, wie die Pro-Auto- oder Anti-Auto-Parteien sich dazu äussern können. Die CVP-Fraktion möchte den städtischen Mitarbeitenden und insbesondere Finanzsekretär Andreas Rupp für die detaillierte Aufarbeitung dieser Unterlagen herzlich danken. Die Zusammenlegung birgt keinen „Bock" in sich. Die CVP-Fraktion unterstützt alle Anträge der GPK - diejenigen der Laufenden Rechnung einheitlich, diejenigen der Investitionsrechnung grossmehrheitlich. Zusätzlich sollen CHF 1,5 Mio. eingespart werden. Die Entnahme der Steuerausgleichsreserve soll statt CHF 10 Mio. nur CHF 5 Mio. betragen.

Stefan Hodel: Die Fraktion Alternative-CSP ist nicht glücklich mit den von der GPK gemachten Kürzungen. Dort wo der Stadtrat die Kürzungen nicht übernimmt, wird sie sich dagegen aussprechen. Es gibt keinen Grund, auf Panik zu machen und unüberlegt Kürzungen vorzunehmen. Auch wenn der Steuerfuss bei 60 % belassen bleibt, so wer-

den die allermeisten Steuerzahler, bei gleichbleibendem Einkommen und Vermögen, im nächsten Jahr weniger Steuern bezahlen müssen. Grund sind die kantonalen Steuergesetzrevisionen, die im Jahre 2013 dazu führen, dass die Stadt Zug, verglichen mit 2012, nochmals CHF 5 Mio. weniger einnimmt. Verglichen mit 2009 betragen die Mindereinnahmen in Folge der kantonalen Steuergesetzrevisionen gar mehr als CHF 20 Mio. Im Jahre 2013 werden rund CHF 70 Mio. an den NFA/ZFA abgeliefert werden müssen. Hat man sich schon mal überlegt, was die Folgen für den Steuersatz wären, wenn dieser Betrag nicht bezahlt werden müsste? Dann könnte man doch den Steuersatz gleich von 60 % um 20 % senken. Ein Steuersatz von 40 %, tönt nicht schlecht, oder? Die Folgen wären gravierend: Je tiefer der Steuersatz, desto höher die Häuser, desto mehr Druck auf die Grün- und Erholungszonen, desto mehr Verkehr. Eigentlich sollten die Zuger froh sein um den NFA! Die Fraktion Alternative-CSP ist einverstanden mit der Entnahme von CHF 10 Mio. aus der Steuerausgleichsreserve. Diese Reserve wurde über 10 Jahre angelegt. Davon jetzt 10 % zu entnehmen, erscheint durchaus im Rahmen des Verträglichen. Die Anträge von FDP- und SVP-Fraktion für eine globale Kürzung von CHF 5 Mio. werden von der Fraktion Alternative-CSP nicht unterstützt. Mit einem Globalbudget wird die Verantwortung an den Stadtrat abgeschoben. Die Fraktion Alternative-CSP wird im Rahmen der Detailberatung einen Vorschlag einbringen, wie CHF 100'000.-- Mehreinnahmen budgetiert werden können, ohne dass dies jemandem weh tut.

Barbara Stäheli sieht eine Gemeinsamkeit mit dem Sprecher der SVP-Fraktion: Ihr ist das gleiche Adjektiv in den Sinn gekommen: Die Zeiten waren in jeder Hinsicht schon rosiger! Das budgetierte Defizit und viel mehr die aktuellen Ereignisse drücken auf die Stimmung. Barbara Stäheli hofft, dass alle hier im Rat anwesenden Gemeinderätinnen und –räte sich auf ihre Pflicht besinnen und sich auf eine seriöse Debatte einlassen können. Im Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015, welchen der Rat im vergangen Dezember diskutiert haben, wurde ein massiv negatives Rechnungsergebnis für das Jahr 2013 prognostiziert. Diesem Finanzplan hat der GGR mit 30:8 Stimmen zugestimmt. Das negative Budget kommt also nicht aus dem Nichts, der GGR wusste was auf ihn zukommt. Und für diese schlechten Zeiten wurde in den fetten Jahren, Geld in die Steuerausgleichsreserve gelegt. Nun braucht man das Geld, wenn nicht jetzt, wann dann? Daher ein Grundsatzentscheid der SP vorneweg. Die SP-Fraktion stimmt der Entnahme von CHF 10 Mio. aus der Steuerausgleichsreserve und dem vorliegenden Budget zu. Zu den einzelnen Kürzungsanträgen der GPK wird sich die SP-Fraktion bei der Behandlung der Rechnung äussern. Dank der Steuerausgleichsreserve muss der Rat trotz prognostizierten Defizits nicht in einen Aktionismus von Streichungen geraten, oder übereilt Devestitionen tätigen. Das Budget ist seinen ordentlichen Weg durchlaufen. Bevor es auf den politischen Weg geschickt wurde, durchlief es vier Sparrunden. Die GPK hat sich an ihrer tägigen Sitzung intensiv mit fast jedem einzelnen Budgetposten auseinandergesetzt und beantragt auch Kürzungen, denen alle Mitglieder zugestimmt haben. An der GPK-Sitzung wurden die Mitarbeitenden des Finanzdepartementes für ihre seriöse Arbeit gelobt. Sie haben auch an dieser Stelle einen ernsthaften Dank verdient. Die Finanzstrategie sagt gesunde Gemeindefinanzen, gutes Leistungsangebot und attraktive Steuerbelastung. Je nach politischer Couleur ist es klar, wo angesetzt wird. Dass die SP keinen

Abbau des Leistungsangebotes möchte, ist klar. Sie kann sich sehr wohl vorstellen, auch den Steuerfuss zu erhöhen.

Michèle Kottelat: Eigentlich wissen alle, dass sie über ihre Verhältnisse leben, auf Pump der nächsten Generationen. Das ist übrigens nicht nur bei den Finanzen so. Auch in Klimafragen verhält man sich genauso unverantwortlich. Bis jetzt sind wir noch recht gut davongekommen. Doch die Kurve zeigt nicht mehr aufwärts und man muss seine Anspruchshaltung den neuen Verhältnissen anpassen. Man kann dem Staat künftig nicht weiter ständig neue Aufgaben aufbürden, deren Konsequenzen man langfristig nicht mehr tragen kann. Xavier Comtesse, Direktor des bürgerlichen Thinktanks avenir Suisse der Suisse Romande hat im November anlässlich der Winteruni der Grünliberalen am Poly in Lausanne folgende Aussage zur wirtschaftlichen Lage gemacht: „Das Einzige, das wir mit Sicherheit wissen, ist dass unsere Kinder es in Zukunft nicht mehr so gut haben werden wie wir." Einfach ignorieren, mit dem courant normal weiter und gegen die Wand fahren oder doch endlich reagieren und die Kurve packen? Die Grünliberalen verlangen ausgeglichene Rechnungen. Geld, das nicht vorhanden ist kann und darf nicht ausgegeben werden und Tabus beim Budget sind auch nicht mehr erlaubt. Deshalb ist die glp sogar bereit, im Bildungssektor nach Sparpotenzial zu suchen, denn sie ist überzeugt, dass dies möglich ist ohne dass die Qualität der Schule darunter leiden muss. Hier muss auch der Kantonsrat aktiv werden. Es ist auch Aufgabe des Parlaments, den Staat von einigen Verpflichtungen zu entbinden und hierfür Stellvertreter zu finden. Die Stadt Zug ist attraktiv für begüterte Personen und finanzstarke Firmen. Sie profitieren von vielen Standortvorteilen und dürfen deshalb ruhig vermehrt in die Verantwortung für kulturelle und sportliche Belange gezogen werden. In den angelsächsischen Ländern gehört ein solches Engagement zum „guten Ton". Es ist ein „must". Warum nicht auch in Zug? Zwei aktuelle Beispiele belegen, dass Sponsoring durchaus möglich ist. Es sei an die Traglufthalle der Tennisclubs und die Reparatur des Springbrunnens erinnert. Auch im Sozialbereich darf der Staat nicht immer mehr anbieten und neue Aufgaben übernehmen, nur weil die Gesellschaft ihren Beitrag verweigert. Diese Verlagerung muss gestoppt werden, denn sie ist Gift für Eigeninitiativen. Aus grünliberaler Sicht soll er Staat vernetzen, vermitteln und im Notfall Hilfeleistungen bieten. Alle sind gefordert, Verantwortung in der Gesellschaft wieder zu übernehmen. Illusion? Es besteht gar keine andere Wahl, sonst fällt das schöne Kartenhaus auf einmal ein, weil das Fundament nicht stark genug ist. Der GGR muss in Zukunft bei allen Geschäften genauer auf die Kosten und Kostenfolgen schauen und mehr Kostendisziplin entwickeln. Planungsleichen müssen vermieden werden. Wenn in der Stadt Zug aus einem Streethockeyplatz plötzlich eine doppelt so teure Halle werden soll, so muss vor der Vergabe von teuren Planungskrediten das Volk befragt werden. Die heute eingereichte Einzelinitiative hat genau das zum Ziel: klare Verhältnisse schaffen. Die glp unterstützt den Antrag der CVP lehnt aber jenen der FDP und SVP als überrissen und unrealistisch ab.

Philip C. Brunner: Michèle Kottelat hat erwähnt, dass auch das Bildungsdepartement etwas genauer überprüft werden müsse. Das hat Philip C. Brunner bereits getan und spricht nun als Einzelsprecher, da er sein Votum mit seinen Fraktionskollegen nicht be-

sprechen konnte. Ein Kompliment auch dem Sprecher der FDP-Fraktion. Philip C. Brunner hat bereits 2009 gefordert, beim Bildungsdepartement anzusetzen. 2007 war Stadtrat Ulrich Straub neu Bildungschef. Die Nettoausgaben der Bildung betrugen damals rund CHF 26 Mio. bzw. CHF 13'640.-- pro Schüler. Der Anteil der Bildung am Gesamtbudget der Stadt betrug im Jahre 2007 11,3 %. Die heutigen Nettoausgaben für die Bildung betragen CHF 42 Mio. Das entspricht einer Steigerung von CHF 16,3 Mio. in 7 Jahren oder rund CHF 2,4 Mio. jährlich bzw. 8,9 %. Nach dem Rücktritt von Ulrich Straub hat Stadtrat Ivo Romer das Bildungsdepartement übernommen. Damals betrugen die Ausgaben bereits CHF 6 Mio. mehr, d.h. CHF 32 Mio. der Anteil der städtischen Finanzen an der Bildung betrug 12,6 %. Ab 2011 ist Stadträtin Vroni Straub für das Bildungsdepartement verantwortlich. Im ersten Jahr betrugen die Nettoausgaben bei der Kostenstelle Kind Jugend Familie rund CHF 2,8 Mio. Heute beträgt diese Position CHF 8,8 Mio. Allerdings sind aufgrund des HRM2 gewisse Verschiebungen vorgenommen worden. Trotzdem ist aber die Tendenz eindeutig. Die Kosten der Bildung gehen in riesen Schritten vorwärts. Mittlerweilen entsprechen sie fast 16 % des städtischen Budgets. Zudem ist ein Schulhaus für über CHF 50 Mio. geplant. Es ist durchaus möglich, in der Bildung zu sparen. Philip C. Brunner schlug 2009 die Beibehaltung des Vorjahresbudgets vor. Dieser Antrag wurde aber bei nur 4 oder 5 Jastimmen abgelehnt. All das und auch die Voten der Vorredner zeigen, dass durchaus Handlungsbedarf vorhanden ist. Bis jetzt ist in diesem Departement vom Stadtrat nicht sehr viel gespart worden. Alle anderen Departemente haben sich jedoch grosse Mühe gegeben. Philip C. Brunner stellt klar, dass er eine gute Bildung begrüsst, jedoch auch Realitäten zu beachten sind. Die Vorsprecher haben bereits ausgeführt, dass diese nicht nur beachtet werden, sondern auch etwas dafür getan werden muss.

Astrid Estermann kann mit den Vorschlägen der SVP- und FDP-Fraktion für ein Globalbudget gegenüber dem Stadtrat überhaupt nicht leben. Damit entzieht man sich der Verantwortung als Gemeinderäte. Manfred Pircher sagt, die SVP-Fraktion nehme die Verantwortung wahr und streicht CHF 5 Mio. Was ist hier die Verantwortung? Die Verantwortung des Gemeinderates war es auch, Steuersenkungen vorzuschlagen und diese zu beschliessen. Also wurden Einnahmen in den letzten Jahren auch auf Kantonsebene gekürzt. Es ist ebenso in der Verantwortung des Rates, zu sagen, wo Einsparungen vorgenommen werden sollen. Möglicherweise ist es richtig, ein ausgeglichenes Budget zu fordern. Es liegt aber in der Verantwortung des Parlaments, zu sagen, wo die Streichungen vorgenommen werden sollen. Es kann nicht sein, dass dieser Entscheid dem Stadtrat überlassen wird, dann aber anschliessend, wenn dann gewisse Streichungen vorgenommen werden, die dem GGR nicht genehm sind, zu sagen, so sei das nicht gemeint gewesen. Das ist nicht richtig und feige vom Parlament. Damit scheut der Rat eine Debatte, die nötig ist.

Monika Mathers hat zweimal in der GPK die Frage des Globalbudgets gestellt und zwar vor dem Besuch der Departemente und auch vor der ganztägigen Sitzung. Beide Male wurde das verneint. Ein solcher Entscheid ist auch nicht so ganz redlich. Warum soll stundenlang das Budget bearbeitet und um einzelne Positionen gerungen werden,

wenn anschliessend eine Globalkürzung beantragt wird. Das ist unverantwortlich. Zu Philip C. Brunner bestätigt Monika Mathers, dass das Bildungsdepartement einen riesigen Kostenanstieg zu verzeichnen hat. CHF 4,5 Mio. davon sind aber reine HRM2-Buchungen. Es sei auch betont, dass in diesem Rat beschlossen wurde, Pionierleistungen in der Betreuung zu tätigen. Ein FDP-Fraktionsmitglied hat damals ebenfalls festgehalten, dass dies der FDP durchaus einige Steuerprozente wert sei. Es ist also nicht so, dass pro Schüler entsprechend mehr ausgegeben wird. Monika Mathers ist absolut damit einverstanden, dass nicht die teuersten Maschinen und Geräte in den Schulen verwendet werden. Die Mehrkosten begründen sich aber mit der Betreuung. Soll hier die Stadt Zug ihre Pionierrolle einfach aufgeben?

Barbara Hotz schliesst sich nahtlos an das Votum von Monika Mathers an, sind doch auch ihr die Steigerungen im Bildungsdepartement aufgrund von HRM2 ins Auge gestochen (z.B. Übernahme des Sportamtes). Es kann daher nicht einfach kritisiert werden, das Bildungsdepartement hätte seine Hausaufgaben nicht gelöst und es sei zu wenig gekürzt worden. Barbara Hotz war bereits Mitglied dieses Rates, als der historische Entscheid gefällt wurde, Investitionen in Mittagstische und in die Nachmittagsbetreuung zu tätigen. Damit wurden Investitionen in die Zukunft der Stadt und in die Kinder getätigt, weil das dem Rat etwas wert war und man erkannte, wie wichtig diese Investitionen aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungen waren. Barbara Hotz ist heute auch nicht bereit, hier Abstriche zu tätigen. Über gewisse Leistungen bzw. deren Ausbau kann möglicherweise debattiert werden, jedoch darf nicht auf einen historischen Entscheid zurückgekommen werden. Die Stadt Zug bedeutet Barbara Hotz viel mehr wie tiefer Zinssatz und schöner Sonnenuntergang. Mit diesem Entscheid wurde etwas getan, das dem Rat wichtig war. Daran soll unter allen Umständen festgehalten werden.

Martin Kühn: FDP-, SVP- und CVP-Fraktion haben folgenden gemeinsamen Antrag formuliert:

- Auf der Basis des Budgets des Stadtrates (ursprüngliche Version) sollen die Kosten der laufenden Rechnung um CHF 3,5 Mio. gekürzt werden. Die Kürzung ist eine globale, weshalb der Stadtrat selber entscheiden soll, wo er sie machen will.
- Eine Entnahme aus der Steuerausgleichsreserve von CHF 5 Mio. anstatt CHF 10 Mio.
- Die Investitionen sollen gemäss Antrag GPK um CHF 5,1 Mio. gekürzt werden

Zugunsten dieses gemeinsamen Antrages wird der vorhin gestellte Antrag der FDP-Fraktion zurückgezogen.

Ratspräsident Jürg Messmer geht davon aus, dass damit der Antrag der SVP-Fraktion betr. CHF 5 Mio. ebenfalls zurückgezogen ist.

Manfred Pircher: Das ist so.

Stadtrat André Wicki ist etwas überrascht, kann der Rat doch nicht einfach wie ein Rasenmäher über die Budgetwiese kutschieren und massive Kürzungen vornehmen. Es sei daran erinnert, dass der Stadtrat bereits 4 Budgetrunden durchgeführt hat. Die GPK und die BPK sowie die Fraktionschefs wurden eingeladen. Jetzt fordert der Rat heute eine pauschale Budgetkürzung von CHF 5 Mio. Stadtrat André Wicki möchte klar wissen, wo diese Kürzungen vorgenommen werden sollen und zwar auch unter Berücksichtigung der bereits vorgenommenen Beiträge. Viele Aufgaben sind zudem gebunden oder es liegen hiezu GGR-Beschlüsse vor. Stadtrat André Wicki zeigt am Hellraumprojektor eine (nicht abschliessende) Liste von GGR-Beschlüssen auf. Diese müssten somit geändert oder aufgehoben werden. Wenn das der GGR tatsächlich will, braucht der Stadtrat die entsprechende Zeit. Ein weiteres Thema ist auch das Personal. Soll auch dieser Bereich bei den Kürzungen miteinbezogen werden?

Othmar Keiser: Die CVP hat zusätzlich zu den GPK-Kürzungen eine Kürzung von CHF 1,5 Mio. beantragt. Der neue Antrag der FDP basiert auf der ursprünglichen Stadtratsvariante.

Stadtrat André Wicki beantragt dem GGR, ganz klar die gewünschte Richtung aufzuzeigen bzw. in welchem Departement wie viel und wo gekürzt werden soll.

Stadträtin Vroni Straub: Wer heute an der Bildung spart, wird morgen verarmen. Das ist eine Äusserung eines berühmten Unternehmensberaters. Wenn beim Bildungsdepartement gespart werden soll, verlangt Stadträtin Vroni Straub klare Angaben, ob beispielsweise die Bibliothek zukünftig am Montag geschlossen werden soll. Nur so können Kosten gespart werden. Alles andere bringt nichts. Das gilt auch für die Abteilung Kind Jugend Familie. Sollen z.B. bei Westwärts alle gemeinsam erarbeiteten Massnahmen gestrichen werden? Hier verlangt Stadträtin Vroni Straub die politische Unterstützung des Rates, damit er klar aufzeigt, wo bei der Bildung richtig gespart werden soll.

Manuel Brandenberg kann Stadträtin Vroni Straub etwas helfen: So könnte man beispielsweise die Klassengrössen erhöhen. Das gesetzliche Maximum beträgt 24. In der Stadt Zug liegt die Klassengrösse in der Primarschule bei durchschnittlich 16 oder sogar noch darunter. Hier wäre ein Kürzungsbedarf durchaus vorhanden, um viel Geld sparen zu können. Möglicherweise ist das sogar pädagogisch wertvoll.

Othmar Keiser: Vermitteln ist immer schwierig. Othmar Keiser hat sich vorhin deutlich dazu geäussert, dass ein Mittelweg notwendig ist. Bezugnehmend auf die ganztätige GPK-Sitzung sowie das vorherige Votum von Monika Mathers erachtet es Othmar Keiser sehr wohl wichtig, dass die 7 Vertreter jede einzelne Position bearbeiten und sich nicht schon an der GPK-Sitzung vor dem Mittagessen verabschieden, weil es ein Globalbudget geben werde. Die departementsspezifischen Kürzungsanträge, wie sie vom GPK-Präsidenten aufgeführt wurden, wurden jeweils mit 2:5 Stimmen abgelehnt. Man kann sich überlegen wer dafür und wer dagegen war und ob dort die bürgerliche Mehrheit, die auch in der GPK vorhanden ist, das akzeptiert hätte. Nein, es war chronisch 2:5. Man

soll die Arbeit nicht scheuen. Deshalb kann man heute feststellen, dass offenbar der Spargedanke noch nicht bis zum letzten Stuhl der städtischen Verwaltung durchgedrungen ist. In den Modulbauten der Mittagsbetreuung ist Glasfaserkabel, interner Telefonanschuss usw. vorhanden. Das hätte man nicht machen müssen. Der Turnhallenaufbau beim Kirchmatt ist sehr luxuriös gemacht worden. Insofern ist es schwierig, etwas konkret zu kürzen, geht es doch nach wie vor um den Rasenmäher oder um Salamitaktik, nämlich quer Beet. Die meisten Kürzungsanträge der GPK bewegen sich zwischen CHF 20 – 50'000.--. Das bedeutet, dass der Stadtrat in eigener Kompetenz jede Ausgabe für sich trotzdem tätigen könnte. Nachdem niemand auf den Vorschlag der departementsweisen oder globalen Kürzung eingetreten ist, geht das ganze zurück. Die letztjährigen Zahlen liegen noch nicht vor. Es mag sein, dass die Stadtratsmehrheit sogar mehr Sparpotenzial auf ihrer linken Seite sieht und weniger auf der vom Redner aus gesehen linken Seite. Othmar Keiser hätte gedacht, dass beispielsweise die Umorganisation im Departement SUS Kosten gespart würden. Das hat sich aber für den Bürger nicht ausbezahlt, handelt es sich doch um laufende Kosten. Auch beim Kulturbereich hätte noch angesetzt werden können. Othmar Keiser ist nach wie vor überzeugt, dass das Globalbudget keine Absage an das Verantwortlichkeitsprinzip des Grossen Gemeinderates darstellt. Die städtische Exekutive hat mit ihrer sehr stark abwehrenden Haltung an der GPK-Sitzung, wonach kein Globalbudget akzeptiert werde, auch keinen Schritt entgegen gemacht, sondern eher die Distanz vergrössert. Othmar Keiser erhofft sich nun die Unterstützung des GGR für den nun vorliegenden Kürzungsantrag für CHF 3,5 Mio.

Werner Hauser unterstützt das Votum von Martin Kühn. Heute muss die Richtung vorgezeigt werden, bevor die ganzen Finanzen an die Wand gefahren werden. Die von Martin Kühn aufgezeigten einzelnen Parameter wie Verschuldungsgrad, Eigenfinanzierungsgrad usw. müssen eingehalten werden. Wenn eine Steuererhöhung provoziert werden soll, befindet man sich auf dem richtigen Weg, obwohl Werner Hauser erhofft, dass dies nicht das gewünschte Vorgehen des GGR ist. Wie Manuel Brandenberg bereit festgestellt hat, gibt es bei den Klassengrössen durchaus Sparpotenzial. Eine weitere Möglichkeit sieht Werner Hauser beim Stadtmagazin. Seite 32 betr. Gubelstrasse 22 steht, es hätten FDP-Mitglieder auf das falsche Pferd gesetzt. Solche selbstproduzierende Festschriften braucht man nicht zulasten der Steuerkasse. Darauf kann verzichtet und somit CHF 100'000.-- gespart werden. Sparpotenzial hat es also überall, die Zitrone ist noch nicht ausgepresst. Sparpotenzial ist zwar das falsche Wort, denn man muss nur etwas weniger ausgeben.

Philip C. Brunner zitiert aus der Zusammenfassung der Personalplanung 2013 – 2016. Wenn die Umsätze zurückgehen, kommt Philip C. Brunner als Unternehmer nicht darum herum, die Personalsituation genauer zu prüfen. Philip C. Brunner nennt daher drei Kennzahlen:
Gemäss Aussage Stadtrat gibt es in der Stadt Zug 2109 Schüler. Der Verwaltungsbereich im Bildungsbereich umfasst 60,64 Personen und 280,51 Stellen an Lehrpersonen. Das ergibt einen Wert von 6,18, was bedeutet, dass hinter jedem Beschäftigten der Stadt

Zug im Bildungsbereich 6,1 Schüler stehen. Wenn die Schülerzahl von 2109 mit der Lehrerzahl von 280 dividiert wird, ergibt sich ein Wert von 7,5. Manuel Brandenberg stellt fest, dass dringend die Klassengrössen geprüft werden müssen. Gemäss kantonalen Richtlinien können Klassen zwischen 22 – 24 Schüler aufweisen. Davon ist die Stadt Zug weit entfernt. Wenn gespart werden muss, müssen solche Situationen genauer überprüft werden. Philip C. Brunner stellt als Kompliment an die übrigen Stadtratsmitglieder fest, dass die Stellenplanung sich bis 2016 praktisch nicht verändert. Ein einziger Bereich legt zu. Früher gab es Klassengrössen von 35 Schülern, auch wenn eine solche jetzt nicht gefordert wird, und trotzdem konnten drei Sprachen erlernt werden.

Barbara Stäheli hat aus den Voten der Vorrednern gehört, dass sie sehr genau wissen, wo gespart werden soll, wie z.B. grössere Klassen, Abschaffung Stadtmagazin, Kultureinsparungen usw. Philip C. Brunner hat in einem seiner ersten Voten heute festgestellt, dass niemand hin steht für die Einsparungen. Barbara Stäheli appelliert an ihre Ratskolleginnen und Ratskollegen, doch hinzustehen und entsprechende Budgetkürzungen und nicht eine Globalkürzung zu beantragen, wenn sie schon genau wissen, wo gespart werden soll.

Monika Mathers: Werner Hauser hat ein wahres Wort gesagt, indem dem Stadtrat die Richtung vorgezeigt werden müsse. Ja, diese Auffassung teilt auch Monika Mathers. Das soll aber mit ganz klaren Angaben geschehen. Ein Budget ist für den Stadtrat auch kein Freipass. Beim kontrollierten Departement im Rahmen ihrer GPK-Tätigkeit hat beispielsweise Monika Mathers verlangt, jeweils die aktuellen Zahlen der Laufenden Rechnung zu erfahren, um diese mit dem Budget vergleichen zu können. Beim Baudepartement lagen die Zahlen auch oftmals unter der Budgetvorgabe, was zeigt, dass das Budget nicht unbedingt eingehalten werden muss. Monika Mathers mutet durchaus den einzelnen Departementschefs und der Verwaltung zu, dass nicht einfach das Budget ausgeschöpft wird. Monika Mathers erachtet die von Philip C. Brunner präsentierte Berechnung der Schülerzahlen als sehr schwierig. So gibt es beispielsweise Quartiere mit absolut überfüllten Schulzimmern, in anderen Quartieren hat es zu wenig Kinder und somit auch tiefere Klassengrössen. Vor Jahren hatte Monika Mathers bei ihrer Fahrt durch die Stadt ein Auto vor sich mit folgendem Spruch: „Wenn du denkst, Ausbildung, Schule sei zu teuer, versuch es einmal mit Ignoranz." Das kostet viel mehr.

Stadtrat André Wicki: Es hat wirklich ein intensiver Budgetprozess stattgefunden. Wenn schon von Effizienz gesprochen wird, wäre es begrüssenswert, wenn solche Anträge etwas früher gestellt würden. Eine globale Kürzung von CHF 5 Mio. wäre für den Stadtrat tatsächlich ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Der neue Antrag über CHF 3,5 Mio. wird vom Stadtrat entgegengenommen. Der Stadtrat wird bis Ende Januar verschiedene Positionen, wo Einsparungen vorgenommen werden könnten, unterbreiten. Trotzdem möchte Stadtrat André Wicki vom GGR die Zusicherung haben, dass dabei keine Tabus zu berücksichtigen sind. Es ist durchaus möglich, statt CHF 10 Mio. nur CHF 5 Mio. aus der Steuerausgleichsreserve zu entnehmen. Dann liegt es immer noch in der Kompetenz des GGR, die Höhe der Entnahme zu beschliessen.

Abstimmung
über den gemeinsamen Antrag der FDP-, CVP- und SVP-Fraktion, lautend:

- Globale Kürzung der Laufenden Rechnung um CHF 3,5 Mio.
- Der Stadtrat soll entscheiden, wo er die Kürzungen vornehmen will
- Die Entnahme aus der Steuerausgleichsreserve beträgt CHF 5 Mio.
- Die Investitionen werden um CHF 5,118 Mio. gekürzt.

Für den Antrag stimmen 25 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 13 Ratsmitglieder.

Ergebnis:
Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 25:13 Stimmen den gemeinsamen Antrag der FDP-, CVP- und SVP-Fraktion gutgeheissen hat. Damit ist die Budgetdebatte abgeschlossen.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt so beschlossen.

Ziff. 2 lautet neu wie folgt: Das für das Jahr 2013 aufgestellte Budget wird mit den an der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 11. Dezember 2012 vorgenommenen Korrekturen genehmigt.

Das Wort wird nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt so beschlossen.

Zu Ziff. 3 – 7 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:
In der Schlussabstimmung stimmt der GGR dem Antrag des Stadtrates mit 25:13 Stimmen zu.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1585
betreffend Budget 2013 und Finanzplan 2013 bis 2016

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2235 vom 23. Oktober 2012:

1. Die Steuern für das Jahr 2013 werden wie folgt festgesetzt:

   1.1 Die Einkommens- und Vermögenssteuern für natürliche Personen sowie die Reingewinn- und Kapitalsteuer für juristische Personen mit 60 % auf der Basis der kantonalen Einheitsansätze.

   1.2 Die Hundesteuer mit CHF 100.--.
   Für Wachhunde auf Bauernhöfen sowie für Rettungs-, Militär-, Blinden-, Therapie- und auf Schweiss geprüfte Hunde kann die Hundesteuer auf Gesuch hin erlassen werden.

2. Das für das Jahr 2013 aufgestellte Budget wird - mit den an der Sitzung des Grossen Gemeinderats vom 11. Dezember 2012 vorgenommenen Korrekturen - genehmigt.

3. Der Finanzplan 2013 bis 2016 wird zur Kenntnis genommen.

4. Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses treten auf den 1. Januar 2013 in Kraft. Bezüglich Ziffer 1 dieses Beschlusses bleibt das fakultative Referendum gemäss § 8 der Gemeindeordnung vorbehalten.

5. Dieser Beschluss wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.

6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

7. Gegen diesen Beschluss kann
   a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtpflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

b) gemäss § 17bis des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt drei Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

4. Interpellation Philip C. Brunner, SVP, vom 20. November 2012 zum Aige-Trauerspiel mitten in der Altstadt – in mehreren Akten – oder ist der Stadtrat bereit, seine fundamentalen Fehler zu korrigieren und ein Happy-End zu ermöglichen?

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf S. 8 f. des Protokolls Nr. 12 der GGR-Sitzung vom 20. November 2012.

Stadtpräsident Dolfi Müller beantwortet die Interpellation namens des Stadtrates wie folgt:
Am 20. November 2012 hat Philip C. Brunner die Interpellation "zum Aige-Trauerspiel mitten in der Altstadt - in mehreren Akten - oder ist der Stadtrat bereit, seine fundamentalen Fehler zu korrigieren und ein Happy-End zu ermöglichen?" eingereicht. Er stellt darin dem Stadtrat eine Reihe von Fragen. Wortlaut und Begründung des Vorstosses sind aus dem vollständigen Interpellationstext im Anhang ersichtlich. Gemeinderat Philip Brunner stellt sechs Fragen zum Hotel- und Gastrobetrieb "Aige"in der Liegenschaft Grabenstrasse 6, die sich im Eigentum der Stadt befindet. Mit Stadtratsbeschluss vom 8. März 2011 hielt der Stadtrat fest, dass keine definitive Nutzungsordnung für die Liegenschaft Grabenstrasse 6 festgelegt werden könne, bevor kein Konzept für die Zusammenführung der Verwaltung an einem zentralen Standort vorliege. Bis dahin sei eine Zwischennutzung geplant. Der Zuger Kulturschaffende Fabian Schmid werde als Kick-off-Nutzung einen B&B-Betrieb mit 12 individuellen Design-Zimmern und einer integrierten Aktions-Cafe-Bar einrichten. Eine solche Nutzung entspricht den Legislaturzielen 2011 - 2014 des Stadtrates und der städtischen Kulturstrategie von 2009. Dazu wurde ein bis Ende 2014 gültiger Mietvertrag abgeschlossen, der u.a. angesichts der relativ kurzen Mietdauer von rund 3 Jahren einen nach unten angepassten Jahresmietzins von CHF 60 000.--, exkl. Nebenkosten, vorsah. Die Stadt investierte für Brandschutzmassnahmen, Bodenbeläge, Malerarbeiten etc. den Betrag von CHF 160 000.--. Mit Hilfe von privaten Darlehensgebern nahm das Aige mit einer Aktions-Cafebar und 12 Hotelzimmern vor knapp 1,5 Jahren seinen Betrieb auf. Es konnte in der Zwischenzeit Gäste aus allen Kontinenten begrüssen und fast 200 Events auf der hauseigenen Bühne präsentieren. Damit ist das Aige zu einem attraktiven Begegnunqsort in der Stadt Zug geworden, das auch von vielen treuen Stammgästen besucht wird. Dennoch ist der Betrieb bis heute nicht selbsttragend. Die Herausforderung liegt darin, dass ein junges Unternehmen mehr Zeit braucht, bis es sich im Markt etabliert hat. Es hat unter den enormen Einbussen in der Schweizer Tourismus-Branche gelitten. Zudem fehlt ihm am Standort hinter dem Zollhaus die Laufkundschaft.

Zu den Fragen:
Zusammengefasst stellt der Interpellant sinngemäss folgende Fragen an den Stadtrat, die gesamthaft beantwortet werden:

Will der Stadtrat

1. den Vertrag mit dem bisherigen Mieter bis 30. Juni 2016 auf die üblichen 5 Jahre verlängern und danach das Gebäude zu einem kostendeckenden Betrag verkaufen?
2. die vom Mieter getätigten Investitionen in den Zimmern umgehend zu Eigentum übernehmen?
3. den Mietzins ab 1.1.2013 den lokalen Marktverhältnissen anpassen?
4. den experimentellen Kulturbetrieb Aige bald abbrechen und einem zu gründenden privaten Verein übergeben?

Der Stadtrat beantwortet die Fragen wie folgt:

- Das aige bzw. die Aige GmbH hat einen Mietvertrag mit der Stadt, der bis 31. Dezember 2014 Bestand hat. Eine Verlängerung dieses Mietvertrages über das Jahr 2014 hinaus ist aus Sicht des Stadtrates denkbar. Der Entscheid wird davon abhängen, ob es nach Ablauf der Vertragsdauer eine angemessene Nutzung für das Haus und eine zufrieden stellende Geschäftsführung geben wird. Im heutigen Zeitpunkt ist es zu früh, darüber zu entscheiden, ob und wann das Gebäude verkauft werden soll. Zuerst ist die Strategie für den Umzug der Stadtverwaltung ins L&G-Gebäude an der Gubelstrasse 19 und das entsprechende Nachnutzungskonzept zu entwickeln. Unabhängig davon ist der Stadtrat interessiert, bei einem Verkauf der Liegenschaft Grabenstrasse 6 mindestens einen kostendeckenden Erlös zu erzielen. Das wäre ein guter Abschluss des Geschäftes Grabenstrasse 6, wann auch immer.
- Aufgrund von OR Art. 260a Abs. 3 kann der Mieter bei Mietereinbauten, welchen der Vermieter zugestimmt hat und die einen erheblichen Mehrwert erzeugen, eine entsprechende Entschädigung verlangen. Es ist nicht ganz klar, was der Interpellant mit den in den Zimmern getätigten Investitionen meint. Eine mögliche Übernahme von Hotelmobiliar und dergleichen durch die Stadt wäre dabei anders zu beurteilen wie Mietereinbauten, die einen gewissen Mehrwert für das Gebäude schaffen.
- Eine Mietzinsanpassung ab 1. Januar 2013 an die lokalen Marktverhältnisse, wie das der Interpellant vorschlägt, entspricht nicht den im Mietvertrag ausgehandelten Bedingungen, insbesondere auch im Hinblick auf die relativ kurze Mietdauer und die Eigeninvestitionen des Mieters. Zudem wären die einschlägigen Bestimmungen des Obligationenrechts zum Schutz vor missbräuchlichen Mietzinsen zu beachten.
- Sofern der Interpellant der Meinung ist, die Stadt solle durch Übernahme von Hotelmobiliar dem aige zusätzliche Liquidität verschaffen und damit das Überleben sichern helfen, ist Folgendes zu beachten: Das aige hat nach eigenem Bekunden einen Finanzbedarf von CHF 250 000.--. Davon sind bis heute etwas mehr als CHF 40 000.-- durch die öffentliche Sammelaktion "Zug, wotsch dis aige" zusammen gekommen. Von Seiten der Stadt besteht auch bei grösstem Entgegenkommen nicht genügend Spielraum, um den Differenzbetrag zu decken. Der Stadtrat ist grundsätzlich bereit, nach der heutigen Sitzung die Situation zusammen mit Fabian Schmid im Rahmen des hier skizzierten Spielraums nochmals zu prüfen

(Mehrwert). Ob und wann der Kulturbetrieb aige im Rahmen des bestehenden Mietvertrages abgebrochen wird, entscheidet einzig der Mieter selbst. Sollte das aige seinen Betrieb vor Ablauf des Mietvertrages einstellen, prüft der Stadtrat nebst einem Verkauf eine weitere Ausschreibung des Gebäudes für eine Gastro- und/oder Hotel-/Wohnnutzung mit einem offenen Adressatenkreis, der nebst den üblichen Anbietern auch Nutzungen im Bereich des 2. Arbeitsmarktes, von Jugend-Wohngemeinschaften, Jugendwohnungen, Genossenschaften etc. vorsehen könnte. Interessenten haben sich bereits gemeldet. Wenn sich dabei ein privater kultureller Trägerverein bilden sollte, der entsprechende Angebote macht, wäre das durchaus zu begrüssen. Letztlich entscheidet der Markt im Rahmen der Ausschreibung, ob eine sinnvolle Nutzung für das Gebäude möglich sein wird.

Philip C. Brunner: Der erste Erfolg dieser Interpellation liegt darin, dass heute nach der Budgetdebatte überhaupt darüber diskutiert werden kann. Im heutigen Gespräch mit Fabian Schmid hat Philip C. Brunner gemerkt, dass gewisse gemeinsame Sorgen und Ansichten vorhanden sind. Das Gespräch bzw. die Chance, welches der Stadtpräsident angeboten hat, muss unbedingt genutzt werden. Das Trauerspiel, von dem die Interpellation spricht, basiert teilweise auf den Worten des Stadtrates selbst. Es war der Verdienst von Urs B. Wyss, welcher feststellte, dass eine neue Liegenschaft gekauft wurde. Er hatte zuerst Fragen gestellt. Später wurde Philip C. Brunner vor allem auch von Gewerbetreibenden um den Kolinplatz dazu gedrängt. Mit der damaligen Interpellation zur Eröffnung konnte man erfahren, wie die Ziele des Stadtrates sind. Der Stadtrat hatte positive Gefühle. Das Objekt konnte nicht ganz für den ursprünglich vorgesehenen Zweck genutzt werden. Dann folgte Fabian Schmid mit seiner sehr innovativen Idee und sprang in dieses Abenteuer. 1,5 Jahre später muss leidgeprüft festgestellt werden, dass es nicht so ist, dass in der Stadt Zug das Hotel-Business von selber floriert und alles so einfach vor sich geht. Fabian Schmid hat sehr viel eigenes Geld investiert und sieht jetzt etwas seine Felle davon schwimmen. Philip C. Brunner ist etwas hin- und hergerissen. Er war tief beeindruckt von der Kreativität dieses Unternehmers und was er mit diesen Räumlichkeiten geschaffen hat. CHF 160‘000.-- für Feuerschutzmassnahmen tönt nach viel Geld. Das Gebäude befindet sich aber teilweise nicht in einem so tollen Zustand, wie man sich das vorstellen könnte. Ein grosses Potenzial an Einnahmen für die Stadt liegt in ihren eigenen Liegenschaften. Philip C. Brunner dankt Stadtpräsident Dolfi Müller für die ausführliche Antwort und geht davon aus, dass auch Fabian Schmid an einem guten Gespräch mit dem Stadtrat interessiert ist. Philip C. Brunner wollte mit seinen Ideen zeigen, wohin die Reise gehen könnte. Weil heute der Tag der Budgetdebatte ist, muss Philip C. Brunner noch folgende Feststellung anbringen: Da hat jemand mit viel Kreativität etwas für Kultur geschaffen und ist irgendwo an seine Grenzen gestossen. Ein paar Unternehmer haben sich mit der Chollerhalle ihren Traum von einer Kulturhalle aufgebaut. Als es nicht mehr lief – in der gleichen Situation wie Fabian Schmid – wandte man sich an Stadt und Kanton, wo reichlich die Säfte der Milchkuh Stadt und Kanton Zug flossen. CHF 200‘000.-- sind heute mit dem Budget verabschiedet worden. Der Betrag für die Galvanik beträgt CHF 230‘000.--. Für die tmgz wird ein Betrag von CHF 462‘000.-- plus CHF 822‘000.-- plus die Miete des Restaurants geleistet. Wenn nun

im Vergleich dazu die kleinen Bedürfnisse des aige gesetzt werden, ist es etwas kümmerlich, wenn nicht einmal das Mobiliar übernommen werden soll. Das wäre die Chance, die Miete zu erhöhen. Wenn beispielsweise in diesen Laden CHF 200‘000.-- investiert und dieser Betrag zu 5 % verzinst wird, sind die Kosten monatlich keine CHF 1‘000.--. Fabian Schmid hat dadurch wieder Liquidität und kann mit seinen Kulturprojekten weiter atmen. Zudem hat die Stadt damit ein B&B in der Innenstadt, was es sonst nicht gibt. Philip C. Brunner gratuliert Fabian Schmid zu seiner Tätigkeit und seinem Engagement und drückt ihm den Daumen und hofft, ihm eine etwas öffentliche Bühne geboten zu haben. Es ist auch zu hoffen, dass die Presse darüber berichtet, damit Fabian Schmid noch einige Kartoffelschäler verkaufen kann.

Ratspräsident Jürg Messmer: Es ist das erste Mal, dass Philip C. Brunner für ein Votum Applaus erhalten hat.

Martin Eisenring beantragt Diskussion.

Ergebnis:
Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird und somit die Diskussion stillschweigend beschlossen ist.

Martin Eisenring kann ebenfalls nur Positives zu diesem Projekt sagen. Es ist aufgrund der schwierigen Situation hinter dem Zollhaus erstaunlich, dass in den Lokalitäten immer etwas läuft, Besucher anwesend sind und ein kulturelles Angebot besteht, das einen Mehrwert für die Stadt Zug bietet. Dennoch zeigt sich, dass es sehr schwierig ist, die verschiedenen kulturellen Projekte gegeneinander abzuwägen. Heute hat sich in der Budgetdebatte gezeigt, dass eindeutig ein politischer Wille und Zwang besteht, gewisse Kosten zu reduzieren oder nicht weiter ausufern zu lassen. Der von Philip C. Brunner an die Stadt erteilte Auftrag, sich über die einzelnen Lokalitäten Gedanken zu machen, sollte weiter gesponnen werden. Es erstaunt schon, wenn man sieht, wie schwierig die Situation ist und was investiert wurde, der Stadtrat aber zwei Häuser weiter CHF 800‘000.-- für ein weiteres Restaurant investieren möchte.

Werner Hauser ist vom Votum von Philip C. Brunner etwas irritiert. Die Interpellation ist ein Trauerspiel. Werner Hauser möchte den Ball aus dieser Interpellation aufnehmen. Die Stadt hat eine Liegenschaft für rund CHF 3,5 Mio. gekauft. Heute bestehen andere Zielsetzungen. Also muss die Stadt Flexibilität zeigen und sich vielleicht von Liegenschaften trennen, die strategisch nicht wichtig sind. Wenn Werner Hauser für eine Beschaffung in die Pensionskasse von CHF 3,5 Mio. eine jährliche Miete von CHF 60‘000.-- verlangen würde, hätte er erhebliche Probleme mit dem Stiftungsrat und den Destinatären. Wenn zudem noch Investitionen von CHF 158‘000.-- und CHF 41‘000.-- getätigt würden und gleichzeitig die CHF 200‘000.-- seien ein Mehrwert, der zu übernehmen sei, kann nichts mehr rentieren. Es ist selbstverständlich, dass die Stadt den Mietvertrag erfüllt. Es ist aber nicht Aufgabe der Stadt, jeden Beizer in Zug zu subventionieren. Sonst müsste dies für alle (z.B. auch für Philip C. Brunner) und nicht nur für die einen gelten.

Strategisch gesehen braucht die Stadt Zug diese Liegenschaft nicht mehr, da die Verwaltung an der Gubelstrasse konzentriert wird. Die Stadt sollte sich also nach Erfüllung des Mietvertrages dringend von dieser Liegenschaft trennen. Die Liegenschaft wirft einen Mehrpreis von CHF 200 – 600'000.-- ab.

Urs Bertschi: Wenn man die heutige Gastroszene anschaut, befindet sich die Stadt Zug in der Tat in einer schwierigen Struktur und einer Debatte, die in dieser Stadt durchaus geführt werden darf. Dass dies heute anhand des aige erfolgt, hat eine gewisse Spezialität. Tatsache ist und bleibt aber – welche Gastrobetriebe auch immer - , dass alle in Zug einen schweren Stand haben. Die Konkurrenz durch Imbissbuden und expandierende Bäckereien mit Schnellverpflegung über Mittag ist enorm. Der Markt wird abgegrast zulasten der Gastrobetriebe, welche vor kurzem noch einiges mehr an Mittagessen verkaufen konnten und durften. Das ist die eine Realität. Die andere Realität ist, dass viele Verpächter in Zug analog zu vielen Vermietern in dieser Stadt das Gefühl haben, in Zug könne man nach Lust und Laune Pachtzinsen verlangen. Das geht nicht. Bevor ein Beizer irgendeinen müden Franken erarbeitet, hat er seine Fixkosten zu decken. Urs Bertschi kennt mehrere Beispiele aus der Stadt, wo Beizer am Limit laufen, weil sie über CHF 6'000.-- für einen nicht ganz noblen Laden jeden Monat bezahlen müssen. Es darf und muss der Stadt etwas wert sein, hier dem einen oder andern Betrieb, der sich auch durch ein etwas anderes Angebot in dieser Stadt wohltuend abhebt, vielleicht etwas Unterstützung zu leisten. Damit will nicht gesagt werden, dass die Stadt die möglicherweise bestehenden Löcher einfach stopfen soll. Es sei auch nicht in Abrede gestellt, das das aige durch den pauschalen Mietzins prima vista einen Marktvorteil geniesst. Anderseits hat sich dieser spannend lancierte Kulturbetrieb zuerst auch am Markt zu etablieren. Die SP-Fraktion hofft, dass dieses Angebot in der Stadt Zug und an diesem Standort erhalten bleiben kann und wird. Hier rechtfertigt sich jede Anstrengung. Gleichwohl darf das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden, damit auch der Stadtrat die erwähnten Gespräche mit Fabian Schmid führen kann. Sodann darf und muss allenfalls auch über den Status quo hinaus gedacht werden, indem auch andere verwandte Nutzungen an diesem Ort möglich sind. Wer sagt denn, dass mit dem projektierten Haus der Jugend in der Stadt Zug diese Bedürfnisse à fonds abgedeckt sind? Urs Bertschi ist überzeugt, dass sich die Stadt Zug in diesem Bereich nicht zurücklehnen darf und kann. Möglicherweise können in diesem Objekt sich auch WGs und Studentenzimmer etablieren. Hier bestünde tatsächlich Entwicklungspotenzial für den Ausbau eines solchen Angebots mit einer besuchenswerten Beiz im Erdgeschoss und einem interessanten Kulturangebot im Untergeschoss.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Philip C. Brunner hat den Applaus wirklich verdient, hat er sich doch hier wie in der Bibel vom Saulus zum Paulus entwickelt. Das ist überhaupt nicht despektierlich gemeint, sondern hat mit sehr viel Achtung ihm gegenüber zu tun. Er ist der Gemeinderat aus einer ganz anderen Ecke, der an den Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem aige teilgenommen hat und ohne Berührungsängste hingestanden ist. Das ist wirklich stark. Stadtpräsident Dolfi Müller könnte x Beispiele von subventionierten Mieten in der Stadt Zug nennen. Die grössten Beispiel gehen von der

Kunsteisbahn, zum Zunfthaus Oberwil, dem Boccia und auch zu Kunsthaus und Casino und weitere. Das ist auch durchaus vertretbar, wenn damit öffentliche Leistungen verbunden sind, jedoch nicht, wenn es sich um reinen Kommerz handelt. Diese privaten Betriebe müssen selber überstehen. Eigenleistungen wurden erbracht. Die Betriebsdauer des aige ist kurz, und es findet Kultur statt. Die Leistung von Fabian Schmid bezüglich der 200 Events muss sehr hoch eingestuft werden. Hier sind daher die Subventionen absolut angebracht. An die Adresse von Martin Eisenring sei festgestellt, dass der Betrag für die Ankenwage nicht CHF 800'000.--, sondern CHF 500'000.-- beträgt. Vielleicht handelt es sich hier beim aige um eine griechische Tragödie oder ein Abenteuer. Für Stadtpräsident Dolfi Müller ist es aber her eine Art Sommernachtstraum, der durchaus noch etwas weiter dauern kann.

Ergebnis:
Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass **die Interpellation Philip C. Brunner, SVP, vom 20. November 2012 zum Aige-Trauerspiel mitten in der Altstadt – in mehreren Akten – oder ist der Stadtrat bereit, seine fundamentalen Fehler zu korrigieren und ein Happy-End zu ermöglichen? beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

5. Postulat Philip C. Brunner, SVP, vom 23. Juli 2012 zur Stärkung und Unterstützung der Miliz durch die Stadtverwaltung

6. Sammelvorlage: Abschreibung von Vorstössen

7. Energiebilanz Wärmeverbund Uptown-Schutzengel-Sporthalle

8. Motion der SVP-Fraktion vom 27. September 2009 betreffend Haus Zentrum und Motion der Fraktion Alternative-CSP vom 27. September 2009 betreffend Sanierung Haus Zentrum

9. Motion von Vroni Straub-Müller, CSP, vom 2. November 2009 betreffend Naturschutzzone Innere Lorzenallmend

10. Interpellation von Michèle Kottelat, glp, vom 21. September 2012 betreffend keine Freizeitmentoren in Zug aus Angst vor Machtverlust?

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit werden diese Traktanden auf die nächste Sitzung des Grossen Gemeinderates am 22. Januar 2013 verschoben.

11. Wahl des Büros 2013 - 2014
11.1 Wahl der Präsidentin/des Präsidenten
11.2 Wahl der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten
11.3 Wahl der zwei Stimmenzählerinnen/Stimmenzähler

11.1 Wahl der Präsidentin/des Präsidenten

Ratspräsident Jürg Messmer: Sollte sich ein amtierendes Mitglied der Stimmenzähler für die Wahl des Präsidiums oder des Vizepräsidiums zur Verfügung stellen, müsste dieses ersetzt werden. Der Ratspräsident würde für dieses Traktandum ein Mitglied des GGR als Stimmenzählerin oder Stimmenzähler vorschlagen. Wie im Vorfeld zu hören war, ist dies aber offenbar nicht der Fall.

Martin Kühn: Die FDP-Fraktion schätzt sich überaus glücklich, dem GGR mit Stefan Moos einen sehr verdienten und äusserst etablierten Zuger Politiker zum Präidenten des Grossen Gemeinderates von Zug vorzuschlagen. Stefan Moos hat aufgrund seiner langjährigen erfolgreichen Arbeit als Parlamentarier im GGR sowie aufgrund der Erfahrungen als Ratsvizepräsident auf alle Fälle das nötige Rüstzeug, den Rat in die nächsten zwei Jahre erfolgreich zu führen. Stefan Moos ist seit neun Jahren Mitglied dieses Rates. Seine Art zu politisieren findet weit über die Parteigrenzen hinaus Akzeptanz. Auch in seinem Amt als Mitglied der Bau- und Planungskommission konnte Stefan seine ganze politische Erfahrung und sein unbestrittenes Fachwissen einbringen. Stefan Moos ist in Zug geboren und hier aufgewachsen. Er ist Vater von den drei Kindern Simone, Oliver und Dominik. Beruflich ist er Geschäftsführer der Firma Moos Bauingenieure AG. Martin Kühn ersucht die Anwesenden, Stefan Moos als Kandidaten zu unterstützen.

Weitere Nominationen erfolgen nicht.

Die geheime Wahl gemäss § 25 der Gemeindeordnung und § 64 der GSO der Stadt Zug ergibt folgendes Ergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel:	39
Eingegangene Wahlzettel:	39
Leer:	4
Ungültig:	0
In Betracht fallende Wahlzettel:	35
Absolutes Mehr:	18

Gewählt ist mit 32 Stimmen Gemeinderat Stefan Moos.

Stefan Moos: „Ich danke Ihnen für diese Wahl zu eurem Präsidenten und dem damit verbundenen Vertrauen mir gegenüber. Ich danke aber auch herzlich meiner Fraktion der FDP, insbesondere alt Fraktionschef Karl Kobelt sowie noch ad interim Fraktionschef

Martin Kühn. Ein herzlicher Dank geht aber auch an meine Familie. Ihre Unterstützung in Form einer stabilen Heimbasis ermöglicht mir diese doch manchmal zeitaufwendige Arbeit in der Politik. Natürlich danke ich ihnen auch für ihre Anwesenheit heute. Ganz besonders danke ich meinen Eltern. Als Vorbilder haben sie mir schon frühe beigebracht, respektvoll zu diskutieren, Kompromisse herbeizuführen und für eigene Anliegen einzustehen. Z.B. als es früher als Jugendlicher darum ging, meinen Ausgang etwas zu verlängern. Ich hoffe, dass ich meinen Kindern ebenso wertvolle Werte mit auf den Weg geben kann. Natürlich hätte ich mir meine Wahl in einer etwas entspannteren politischen Lage gewünscht als dass wir sie zurzeit haben. Es nützt aber nichts, gegebene Rahmenbedingungen zu bekämpfen. Man muss den Tatsachen ins Auge blicken, die Fakten aufklären und versuchen, die zukünftigen Rahmenbedingungen zu verbessern. Deshalb habe ich mir vorgenommen, meinen Beitrag dazu zu leisten, das Vertrauen in die städtische Politik zurückzugewinnen. Ich werde versuchen, mit grossem Respekt und viel Freude ein Präsident von euch allen zu sein. Ich werde mich anstrengen, die sehr hohe Vorgabe meines Vorgängers einigermassen weiterführen zu können. Es freut mich umso mehr, dass ich vermutlich als erster Präsident, der jünger ist als das Parlament selber, diesem Rat im 50. Jubiläumsjahr vorzustehen. Die Vorbereitungen haben bereits unter Jürg Messmer angefangen, und ich bin überzeugt, dass es eine gute Sache wird. Freuen Sie sich darauf, vor allem auf den Anlass am 1. Februar 2013. Einige kleine Wünsche habe ich aber auch an Sie als Ratskolleginnen und Ratskollegen: konzentrieren Sie sich bei Ihren Voten auf das Wesentliche und halten Sie sich kurz. Wiederholen Sie nicht, was Vorredner schon gesagt haben. Gehen Sie davon aus, dass der Rat die Geschäfte und die Entstehung kennt, damit Sie keine Zusammenfassung und historischen Rückblick herunterlesen müssen. Kurz zusammengefasst: Sprechen Sie über alles, aber möglichst nicht über zehn Minuten. Seien Sie hart in der Sache und im Geschäft, aber sanft zu den Menschen und den Ratskolleginnen und Ratskollegen. Last bat not least würde es Franz Weiss und mich sehr freuen, wenn wir am 10 März 2013 den GGR nicht als einzige am Parlamentarierskirennen vertreten müssten. Ich freue mich auf zwei spannende, intensive und lehrreiche Jahre. Mit Stolz, Freude und Respekt erkläre ich hiermit die Annahme meiner Wahl. Herzlichen Dank."

11.2 Wahl der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten

Urs Bertschi: Die SP-Fraktion schlägt dem GGR Karin Hägi zur Wahl als neue Vizepräsidentin vor. Die Fraktion hat die Nomination einstimmig beschlossen, freut sich und ist überzeugt, dem GGR mit Karin Hägi eine kompetente und engagierte Frau für dieses Vizepräsidium vorschlagen zu können, die einerseits über das nötige Rüstzeug verfügt und zudem auch noch weiblichen Geschlechts ist. Denn in der 50jährigen GGR-Geschichte kandidiert sie damit erst als fünfte Frau für dieses Vizepräsidium. Karin Hägi ist schon fast zwei Jahrzehnte politisch aktiv. Sie trat 2002 nach ihrer Wohnsitznahme in Zug der städtischen SP bei. Sie zog damals in die Ammannsmatt, um das Wohnhaus ihrer Grosseltern in Beschlag zu nehmen. Zuvor war sie während sieben Jahren bei einer aargauischen SP-Sektion aktiv. 2005 wurde sie auch von der SP in den Vorstand ge-

wählt. Seit 2011 amtiert sie auch als Präsidentin. Im GGR politisiert Karin Hägi seit 2008. Sie ist insbesondere in Bau- und Umweltfragen aktiv sowie auch in der Wohnbaupolitik. Beruflich ist sie gelernte Hochbauzeichnerin und liess sich berufsbegleitend zur Berufsbildnerin und auch zur Minergiefachpartnerin ausbilden. Heute arbeitet sie als Hochbauzeichnerin und Projektleiterin. Insofern dürfte sie über sämtliche Ressourcen verfügen, den neuen Präsidenten tatkräftig zu unterstützen.

Weitere Nominationen erfolgen nicht.

Ausgeteilte Wahlzettel:	39
Eingegangene Wahlzettel:	39
Leer:	3
Ungültig:	0
In Betracht fallende Wahlzettel:	36
Absolutes Mehr:	19

Gewählt ist mit 24 Stimmen Gemeinderätin Karin Hägi.

Karin Hägi: Besten Dank für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Ich nehme die Wahl mit Freude an.

11.3 Wahl der 2 Stimmenzähler/innen

Hugo Halter: Die CVP-Fraktion schlägt als Stimmenzähler den bewährten und extrem zuverlässigen und sympathischen Theo Iten für die nächsten zwei Jahre vor.

Manfred Pircher schlägt namens der SVP-Fraktion Bruno Zimmermann zur Wahl vor und hofft auf die Unterstützung des Rates.

Stefan Hodel schlägt namens der Fraktion Alternative-CSP Astrid Estermann zur Wiederwahl vor. Astrid Estermann ist seit neun Jahren in diesem Parlament. Sie war Mitglied der BPK und nun seit zwei Jahren Stimmenzählerin und damit Mitglied des Ratsbüros. Mit Astrid Estermann besteht Gewähr für Kontinuität. Das Büro beschäftigt sich immer mal wieder mit komplexen juristischen Fragen. Da ist das Fachwissen von Astrid als Juristin gefragt. Stefan Hodel glaubt, behaupten zu dürfen, dass Astrid von allen Ratsmitgliedern geschätzt wird. Mit ihrer ruhigen, sachlichen Art geniesst sie Sympathien über alle Parteigrenzen hinweg. Sollte Astrid nicht mehr im Büro vertreten sein, so sind ab Herbst 2013 nach dem Ausscheiden von Arthur Cantieni drei von fünf Mitgliedern neu im Büro. Das kann verhindert werden, indem Astrid Estermann die Stimme gegeben wird. Stefan Hodel hofft sehr, dass das Ratsbüro weiterhin auf die Mitarbeit einer der erfahrensten Gemeinderätinnen zählen kann. In den vergangenen Monaten kam es immer wieder zu guten Entscheidungen hier im Parlament, die unabhängig vom schematischen Links-Rechts-Denken gefallen sind. Vor einigen Stunden sagte Martin

Eisenring: Parteipolitik soll nicht im Zentrum stehen. Das gilt hier auch. Die Angst, zwei linke Vertreter im Büro wären zu viel, ist nicht gerechtfertigt. Wer das trotzdem befürchtet, hat immer noch die Möglichkeit die grüne Astrid Estermann zu wählen.

Urs Bertschi: Diese Entwicklung war irgendwie absehbar. Damit nicht alle zwei Jahre Kampfwahlen ums Büro stattfinden müssen, möchte Urs Bertschi beliebt machen, für die Zukunft die GSO zu ändern und jeder Fraktion im Büro einen Sitz einzuräumen. Das Büro ist keine überaus dramatisch wichtige Institution und hat sehr hohen Informationsgehalt, welcher idealerweise direkt auch in die Fraktionen fliessen sollte. Insofern schlägt Urs Bertschi vor, dass sich der GGR im Verlaufe des nächsten Jahres mal mit dieser Frage befasst. Das war bereits Thema bei der letzten GSO-Revision, scheiterte aber allerdings an einer gewisser Starrköpfigkeit. Pragmatisch gesehen gibt es aber keine andere Lösung.

Es erfolgen keine weiteren Nominationen.

Ratspräsident Jürg Messmer schlägt vor, für die Auswertung der Wahl als Stimmenzähler Rainer Leemann und Louis Bisig zu bestimmen.

Ausgeteilte Wahlzettel:	39
Eingegangene Wahlzettel:	39
Leer:	0
Ungültig:	0
In Betracht fallende Wahlzettel:	39
Absolutes Mehr:	20

Gewählt mit 26 Stimmen ist Gemeinderat Theo Iten
Gewählt ist mit 20 Stimmen Bruno Zimmermann.
Nicht gewählt ist mit 18 Stimmen Astrid Estermann.

Ratspräsident Jürg Messmer: Gemäss § 25 GO und § 63 GSO ist der Rat durch die Wahl des endgültigen Büros konstituiert.

Das Büro des GGR besteht für die Jahre 2013 und 2014 aus folgenden Personen:

- **Ratspräsident Stefan Moos**
- **Ratsvizepräsidentin Karin Hägi**
- **Stimmenzähler Theo Iten**
- **Stimmenzähler Bruno Zimmermann**
- **Stadtschreiber Arthur Cantieni**

Ratspräsident Jürg Messmer gratuliert den gewählten Personen.

Stefan Moos übernimmt nun das Wort vom Noch-Ratspräsident Jürg Messmer und erteilt es sich als Vizepräsidenten: „Lieber Jürg, eigentlich folgt jetzt eine Lobesrede an dich. Ich muss aber gestehen, es ist mir nicht zu Mute dafür, weil du mir ziemlich Steine in den Weg gelegt hast. Du hast nämlich in den letzten zwei Jahren diesen Rat so gut geführt, ja beinahe perfekt, dass es für mich sehr schwierig wird, da nachzuziehen. Die Erwartungen an mich sind dadurch so gross, dass ich sie kaum erfüllen kann. Dafür ist mein Verbesserungspotenzial umso kleiner. Du warst ständig der Chef im Saal, du hast auch brenzlige Situationen und komplexe Mehrfachabstimmungen immer im Griff. Und wenn ausnahmsweise einmal jemand mit dir nicht zufrieden war, dann war es deine eigene Fraktion. Deine einwandfreien Sitzungsleitungen basieren auf einer sehr guten und vorbildlichen Vorbereitung. Davon konnte ich mich schon sehr schnell zur Rechten deiner sitzend überzeugen. Du hast sehr hilfsreiche Dokumente, Leitfäden und Drehbücher erstellt, von denen auch ich profitieren durfte, als ich dich zweimal vertrat. Ich durfte dich in den zwei Jahren nicht nur als Ratskollegen und Ratspräsidenten sehr gut kennen lernen, nein, ich durfte dich auch als Menschen Jürg Messmer schützen lernen und habe Vieles auch aus deinem Privatleben erfahren dürfen. Gerne erinnere ich mich zum Beispiel an unseren gemeinsamen Matchbesuch EV Zug gegen EHC Biel zurück. Nachdem wir noch bis nach Mitternacht auf der Terrasse der 76 Sportsbar über Gott und die Welt geplaudert haben. Mit Freude erinnere ich mich auch an diesen Abend zurück, weil dein Biel verloren und mein Zug gewonnen hat. Auch die wenigen aber durchaus genügenden Sitzungen des GGR-Büros hast du souverän geleitet und neue Ideen gebracht, auch wenn sie in diesem Rat nicht immer auf Gegenliebe gestossen sind wie z.B. die Openairsitzung auf dem Landsgemeindeplatz. Als Dank schenke ich dir im Namen der ganzen Stadt Zug zwei Karten auf der Dine and View-Terrasse der Bossard-Arena für das Spiel am 2. Januar 2013 EV Zug gegen EHC Biel. Eigentlich ist das kein echtes Geschenk. Erstens weiss ich nicht, ob sich deine Frau Dominique für Eishockeyspiele interessiert, und zweitens ist es unfair, wenn du einmal mehr mitansehen musst, wenn dein Biel gegen mein Zug verliert. Also machte ich mir noch mehr Gedanken für ein echtes Geschenk. Obwohl du mir kürzlich sagtest, dass du dich darauf freust, wieder pointierte politische Voten halten zu dürfen, wenn du wieder als normales Ratsmitglied unten sitzt, hast du dich in den letzten vier Jahren bestimmt an das Sitzen in der ersten Reihe gewöhnt. Nun bist du im Glauben, dass du mit deiner Frau Dominique am nächsten Dienstag, 18. Dezember 2012, bei euren Freunden, den Schellenbergs, in der ersten Reihe zu Besuch seid. Das stimmt nicht. Du wirst mit deiner Frau Dominique der 10-Jahre-Jubiläumsvorstellung von Salto natale in Kloten in der ersten Reihe sitzen und zwar mit allem Drum und Dran: Garderobengutschein, Parkplatzgutschein, Cupli zum Apéro, Diner im Dinerzelt, Sitzplatz in der 1. Reihe, Pausenverpflegung usw. Lieber Jürg, wir danken dir ganz herzlich für deinen Einsatz in den letzten zwei Jahren als Präsident. Ich wünsche dir im Namen aller Ratskolleginnen und Ratskollegen erholsame Feiertage, ein erfolgreiches neues Jahr und vor allem gute Gesundheit.“

Manfred Pircher: „Sehr geschätzter Jürg, es war für mich und meine Kollegen eine grosse Genugtuung und Ehre, dich als ersten Vizepräsidenten vorschlagen zu können. Als du als erster SVPler zum Vizepräsidenten dieses Rates vor vier Jahren gewählt wurdest. Es

war für uns eine Wahl, die schon lange fällig war, sind wir doch zur zweitstärksten Fraktion in diesem Rat geworden. Nun hast du die letzten zwei Jahre das Amt des höchsten Stadtzugers inne. Mit sehr viel Gespür und Sicherheit führtest du souverän den Rat durch die manchmal auch hitzigen Debatten. Für dein Engagement und für die doch sehr viele Arbeit, die du für unsre Stadt geleistet hat, möchte ich mich im Namen unserer Fraktion herzlich bei dir bedanken. Wir möchten dir für deine jetzt frei gewordenen Abenden mit deiner Liebsten und einem guten Tropfen nochmals herzlich danken."

Ratspräsident Jürg Messmer: „Eigentlich bin ich sprachlos. Als junger Klimatechniker dachte ich immer, wie es wäre, wenn ich einmal in Los Angeles bei den Oskar-Verleihungen dabei sein dürfte und dann würde es heissen: the Winner is Jürg Messmer. Dieser Traum hat sich nie erfüllt. Aber das macht auch nichts. Was heute Abend hier geschehen ist, ist mehr als nur gleichwertig. Es ist ein lachendes und ein weinendes Auge dabei. Ein lachendes Auge, indem ich wieder mitabstimmen, Voten halten und Motionen einreichen und somit wieder direkt Verantwortung übernehmen darf. Das weinende Auge: es hat mir hier vorne gefallen. Man hat einen guten Überblick. Ich schaue aber dem Stadtrat lieber in die Augen als nur an den Hinterkopf, man sieht dann eher, woran man ist. Es macht mich stolz, hier vorne als erster SVPler hier vorne gewesen zu sein. Dafür möchte ich der Fraktion herzlich danken, dass sie bei der Nomination damals ihr Vertrauen entgegen brachte. Ich möchte aber auch Ihnen allen danken, die dies mitgetragen haben. Spezielle Freude bereitet in den letzten Jahren hier drin hat der Besuch der Delegation aus der Mongolei. Das war ein besonderes Erlebnis, mit diesen Damen und Herren über die Politik zu diskutieren. Ganz besonders freute mich an der letzten Sitzung der Besuch der Teilnehmer der Kinder- und Jugendkonferenz. Sie zeigte: die Jugend ist bereit, um irgendwann auch hier drin wieder die Verantwortung zu übernehmen. Freude bereitet hat mir aber auch allgemein die wohlwollende Akzeptanz bei allen Fraktionen betreffend meine Ratsführung. Es gab aber auch Momente, die nachdenklich stimmten. So gingen damals beim Thema Internierungslager hier Drohungen gegen den Stadtrat und den Rat ein. Das Sicherheitsdispositiv musste erhöht werden. Aber auch traurig machen die Vorkommnisse der letzten Tage hier in der Politik. Da gibt es in der Bevölkerung irgendwo einen gewissen Vertrauensbruch in die Politik allgemein. Daran werden wir arbeiten müssen, um dieses Vertrauen wieder gewinnen zu können. Ich bin aber klar überzeugt, dass uns das gelingen wird, denn die Mehrheit in der Politik ist immer positiv aufgestellt. Ganz kurz möchte ich noch zur Danksagung kommen: Normalerweise gehen hier gewisse Personen immer etwas dabei vergessen, so wie es bei den Oskar-Verleihungen immer der Fall ist. Ein spezieller Dank möchte ich an Michel Duvaud aussprechen für die gute und jederzeit top Organisation hier im Saal, an Franziska Zürcher stellvertretend für alle Kanzleimitarbeitenden, welche immer Zeit für mich hatten bei Fragen oder Anliegen. Ein Dank gilt natürlich auch unserer Protokollführerin Ruth Schorno, die unter meinem Präsidium über 1'000 Seiten Protokoll herstellen musste. Ich habe für diese drei genannten Personen ein kleines Präsent mitgebracht, um ihnen die Advents- und Weihnachtszeit etwas zu versüssen, aber auch mit dem Hintergedanken, dass sie mir auch nächstes Jahr wohlgesinnt sind. Ein kleines Präsent, aber ein grosser Dank geht auch an Stadtschreiber Arthur Cantieni für seinen

Beistand bei den Sitzungen, wenn es unklar wurde. Ein Dank gehört auch dem Stadtrat für die meistens eingehaltenen Fristen bei den Geschäften, aber auch ein grosses Dankeschön an den GGR als ganzer für die Geduld und Unterstützung bei meiner Art der Ratsführung. Zum Abschluss möchte ich meinem Nachfolger ein kleines Präsent überreichen. Ich trage heute eine spezielle Krawatte. Ich habe das Ratspräsidium unter dem Mandat aller hier vertretenen Parteien geführt. Das darf ich jetzt abgeben und übergebe diese Krawatte meinem Nachfolger, damit auch er zukünftig unter allen Parteien hier handelt. Ab 1. Januar 2013 darf ich wieder unter der Flagge meiner Partei hier Politik betreiben. Herzlichen Dank."

12. Mitteilungen

Ratspräsident Jürg Messmer: Martin Kretz wird den Rat per Ende Jahr wegen seinem Wegzug aus Zug und der Eröffnung einer eigenen Praxis verlassen. Für sein Engagement bedankt sich Ratspräsident Jürg Messmer und wünscht ihm für die Zukunft viel Erfolg und alles Gute.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:
Dienstag, 22. Januar 2013, 17.00 Uhr

Für das Protokoll:
Arthur Cantieni, Stadtschreiber